

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Haupt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Hermann Garbaum, Magdeburg. Druck von Franz Heitzge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Salsdorferstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Dr. Mühlstraße 8, Fernsprecher 961.

Abonnementpreis: Vierteljährlich (inkl. Beleglohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. — Der Fremdenband in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplare 2.90 Mk. In der Expedition und den Postämtern vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 250 rgl. Beleglohn. Einzelne Nummern (einschl. der Romanbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. — Anfertigungsgeld für die in der Beilage 15 Pf. — Post-Zustellung 10 Pf.

Nr. 154.

Magdeburg, Freitag, den 6. Juli 1900.

11. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Auswärtige Stimmen zur deutschen Chinapolitik.

Ueber die deutsche Politik in China urteilt in der Petersburger Wjedomosti, einem Blatt, welches auf dem Schreibtisch des Kaisers von Rußland liegt, Fürst Uchtomski, ein Freund und Reisebegleiter des Kaisers von Rußland, sehr abfällig. In einem Leitartikel schreibt Fürst Uchtomski, der auch zu den Leitern der russisch-chinesischen Verhandlungen gehört:

„Seit jenem bösen Tage, da die Deutschen unter dem Vorwande der Rache für die Missionare das im Grunde geringwertige Kiautschou an sich nahmen, war die Unversiehrtheit des himmlischen Reiches mehr als zweifelhaft geworden. Die bedauernswerte chinesische Centralregierung sah sich in die Zwangslage versetzt, in neue Gebietsabtretungen einwilligen und Erniedrigungen schlimmster Art erdulden zu müssen. Und was ist das Ergebnis des Kohles, den der deutsche Diplomat Baron Heyking am chinesischen Hofe angerichtet hat? Schon jetzt das Blut von Hunderten, und noch weitere Opfer werden folgen. Wegen fremder Fehler soll nun das Leben einer Menge von Russen der äußersten Gefahr ausgeliefert sein. Je mehr fremde Truppen in China landen, um so bedenklicher wird der Aufbruch um sich greifen. Die Ausländer haben „den bis zum äußersten friedliebenden“ Chinesen bis zur Raserei gebracht, und nun verlangen sie von ihm Ruhe und Ueberlegung. Anstatt das Feuer zu löschen, wirft man noch Brennstoff hinein; was Wunder, wenn ganze gigantische Gebiete in Flammen geraten und die Chinesen die Verzweiflung erfaßt? Die Welt des Westens sieht sich vor die unlösliche Aufgabe gestellt, für Hunderte von Millionen eine Regierung zu schaffen. Verständlich wäre noch — und dies ist des Pudels Kern — wenn man die Verhütung Chinas einer einzigen Macht, einem Willen überlasse, der dann die Vermittelung zwischen China und den übrigen interessierten Staaten übernehme.“

Man sieht: Auch Rußland versteht es, sich als den „Führer“ zu rühmen und in dieser Eigenschaft sein Eroberungsrecht zu fordern. Das Bedauerliche ist nur, daß die tatsächlichen Fehler der deutschen Politik dem russischen Weltreich so scharfe Waffen in die Hand geliefert haben.

Auch andere ausländische Presseurteilungen über die Kriegsschritte Wilhelms II. zeigen das tiefe Mißtrauen, das die Mächte der „Civilisation“ gegen einander hegen. Die Times meinen: „Wir sind überzeugt, daß, während der Kaiser sich verpflichtet fühlen wird, die Ehre Deutschlands zu verteidigen durch Erlangung voller Genugthuung für das ihm in der Person seines Vertreters zugefügte Unrecht, es koste, was es wolle, er mit gehöriger Rücksicht auf die Interessen und Empfindlichkeiten anderer vorgehen werde.“ Daily Chronicle sagt, der Kaiser sei nicht in der Lage, die Ermordeten Ketteler zu rächen. Wenn er Japan beauftragte, die Rache auszuführen, würde er der gemeinsamen Sache der Civilisation dienen, obwohl es nicht jedermann in Petersburg gefallen würde.

Zu der Frage unserer Kriegserklärung an China

Ist die Stellung der bürgerlichen Blätter höchst bezeichnend. Der Kaiser hat in zwei Reden die ganze Fülle seines lebhaften Temperaments in stärksten Ausdrücken ausströmen lassen. Nichts darf danach mehr auf dem weiten Erdenrund geschehen, an dessen Entscheidung Deutschland nicht teilzunehmen habe, und speziell in China hat jetzt unsere gepanzerte Faust rücksichtslos dreinzufahren. Die richtige Auffassung der Tragweite dieser Reden findet sich unter den bürgerlichen Blättern lediglich bei der Berliner Volks-Zeitung. Diese sagt, das sei in der That die Konsequenz der begonnenen Weltpolitik. Nebenbei macht sie mit Recht auf den Gegensatz aufmerksam, der zwischen den neuesten Auslassungen Wilhelms II. besteht und den Worten seines Großvaters bei der Versailler Kaiserproklamation: „Uns aber und unsern Nachfolgern in der Kaiserkrone wolle Gott verleihen allezeit „Mehrere des deutschen Reichs“ zu sein, nicht in kriegerischen Eroberungen, sondern in Werken des Friedens, auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gerechtigkeit.“

Die Volks-Zeitung stand denn auch bisher allein in der rücksichtslosen Anerkennung, angesichts solcher Kriegsunternimmungen müsse der Reichstag berufen werden. Ihr schließt sich in beachtenswerter Weise nunmehr die Frankfurter Zeitung an. Sie sagt, die Ueberflüssigkeit der Reichs-

tagsberatung habe nur so lange zugegeben werden können, als es sich um untergeordnete Ereignisse handelte.

Kommt aber, wie der Kaiser in seiner neuesten Rede an den Bringen Rupprecht selbst betonte, ein „historischer Augenblick“ in Frage, die erste und sicher sehr folgenschwere Konsequenz der „Weltpolitik“ dann erscheint aus finanziellen, wie verfassungsmäßigen Rücksichten die Befragung des Reichstages schon zur Verteilung der Verantwortung unbedingt geboten. Es kann sich u. a. nur noch um die Gewinnung der erforderlichen Unterlagen handeln, damit der Reichstag zur Beurteilung der finanziellen und politischen Tragweite versammelt wird. Bei einer Kriegserklärung wäre die Einberufung des Reichstages ganz selbstverständlich, weil er alsdann die nötigen Gelder zu bewilligen hätte; man braucht sich auf die Untersuchung darüber gar nicht einzulassen, ob und mit wem wir in China Krieg führen und welche staatsrechtlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind, sicher ist jedenfalls, daß sich aus den Vorgängen in Peking Entwicklungen von solchem Gewicht ergeben können, daß die Vertretung des Volkes, um dessen Gut und Blut, um dessen Zukunft es sich dabei handelt, unbedingt gehört werden muß.“

Dem muß man vollkommen zustimmen, ebenso der weiteren Bemerkung, wie auffallend es sei, daß auch bei dieser wichtigen Entscheidung der alte Reichskanzler, der dem Volke verantwortlich sei, fern von Wilhelm II. — im Bilde weile.

Anders die übrigen bürgerlichen Organe. Die der Agrarier wollen keinen Krieg, weil sie der Weltpolitik, die dem industriellen Kapitalismus dient, aus diesem letzteren Grunde nicht grün sind. Daher sagt die Kreuzzeitung, was wir zumeist brauchen, sei eine chinesische Regierung, die das Treiben der Aufständischen verurteilt und bestraft, „damit wir diese Strafe nicht selbst zu vollziehen brauchen“. Deutschland sei es zwar seiner Ehre schuldig, an einem Zuge nach Peking teilzunehmen; aber unsere Interessen „gehen über Deutsch-Schantung nicht hinaus“. Nicht in Peking, sondern in Schantung liege die Aufgabe Deutschlands. Auch sei es Deutschlands Sache nicht, in einem Konflikt der Mächte über die chinesische Frage mitzugehen. — Die Blätter der kapitalistischen Bourgeoisie führen wieder einmal von der Post bis zu den Organen der freisinnigen Vereinigung eine nette Komödie auf. Uffentlich kühl behandelt die Post die ganze Angelegenheit. „Eine wirkliche Kriegserklärung wäre ein Schritt von einer ungeheuren Tragweite.“ Die Post beruft sich auf den früheren Gesandten in Peking, Herrn von Brandt, der ausführt, selbst wenn je 1000 Mann genügen würden, um eine Million Chinesen im Zaume zu halten, so bedürfe man nach glücklicher Beendigung eines Besatzungsheeres von 350 000 Mann. „Wer soll diese Truppen stellen?“ Das ist schon recht, beweist aber nur die Unerfahrenheit und Undurchführbarkeit der „Weltpolitik“ in ihren Konsequenzen, soweit sie uns angehen. Wenn aber all diese Organe, die Post, die Nationalzeitung, der Hannoverische Courier, die Börsische Zeitung, die kaiserlichen Reden abzuschwächen und trotz derselben darzutun suchen, an Kriegserklärung brauche noch nicht gedacht zu werden, so geschieht das ihrerseits nur deshalb, weil den Kreisen der kapitalistischen Bourgeoisie, die hinter diesen Blättern stehen, die Erörterung der Affäre im Reichstage bitter unangenehm sein würde. Diese Kreise, der Großhandel, die Großindustrie, sind es, die wirtschaftliche Vorteile von der Weltpolitik haben; sie brauchen neue Absatzgebiete und hatten deshalb die „Erklärung“ Chinas in edler Profitgier lebhaft ersehnt. Nun zeigt es sich, wohin das geführt hat, und im Reichstage, dessen Zusammenberufung bei einer Kriegserklärung nicht mehr umgangen werden könnte, würden sich schon diejenigen finden, die wie bisher schonungslos den Dingen auf den Grund gingen und den Akteuren hinter die heuchlerische Maske leuchteten. Deshalb heißt es: Nur keine Ueberstürzung mit der Kriegserklärung und damit mit der Berufung des — ihnen so unbequemen — Reichstages! Wir aber fahren fort zu fordern: **Der Reichstag halte das Wort, dazu ist er da!**

Innerhalb der maßgebenden Kreise scheint man wenigstens die Einberufung des Parlamentes zu erörtern. Die Börsische Zeitung schreibt dazu: „An amtlichen Stellen ist, wie wir erfahren, darüber noch keine Entscheidung getroffen worden. Sie werde davon abhängig sein, ob sich die beabsichtigten militärischen Maßnahmen ohne die Bewilligung besonderer Mittel durch die Volksvertretung von der Regierung durchführen lassen, was augenblicklich nicht zu übersehen sei. Ebenso wenig stehe fest, ob die Reise des Kaisers nach Norwegen nicht aufgeschoben oder ganz aufgegeben werde.“ Man wird also doch wohl noch zur Entschliessung gelangen, nicht ohne die parlamentarische Genehmigung die **Rüstungen fortzusetzen**. Es sollen nicht nur noch mehr Panzerschiffe abkommandiert werden, sogar eine weitere **ganze Division** der Armee für China mobil zu machen, war, wie dem Hamburger Korrespondent aus Berlin telegraphiert wird, amtlich

in Erwägung gezogen worden. Gerüchtweise verlautete bereits, daß sie aus dem 1. ostpreussischen Armeekorps entnommen werden solle. Diese Nachricht klingt ungeheuerlich, aber für unmöglich kann man nichts halten. — In Berlin findet übrigens noch diplomatischer Verkehr mit dem Vertreter des „himmlischen Reiches“ statt. Der chinesische Gesandte hat nach der Post dem Kaiser Wilhelm sein Beileid für den schweren Verlust, der das Deutsche Reich durch die Ermordung des Gesandten v. Ketteler betroffen, ausgesprochen und namens seiner Regierung die Versicherung abgegeben, daß das furchtbare Verbrechen voll und ganz gesühnt werden werde. Die Gesandtschaft wird also vorerst ihre Pässe nicht erhalten, sondern in Berlin verbleiben. — Der Mutter des ermordeten deutschen Gesandten in Peking hat der Kaiser telegraphisch seine innigste Teilnahme und Anerkennung für die treuen Dienste ihres Sohnes ausgesprochen.

Ueber die Einzelheiten bei der Ermordung des Herrn von Ketteler wird dem Daily Express aus Schanghai in allerdings nicht völlig glaubwürdiger Weise vom 2. Juli gemeldet: Am Tage, an welchem der deutsche Gesandte v. Ketteler ermordet wurde, waren alle Gesandten in Peking aufgefordert worden, sich nach dem Tjungli-Yamen zu begeben. Der englische, der französische, der russische und der amerikanische Gesandte, die einen **Verrat vermuteten**, weigerten sich, ihre Gesandtschaftsgebäude zu verlassen. Frhr. v. Ketteler nahm die Einladung an und verließ das Gesandtschaftsgebäude mit einer kleinen Eskorte deutscher Marinesoldaten. Als er vor dem Tjungli-Yamen ankam, wurde er von einer ungeheuren Menge chinesischer Soldaten angegriffen und erhielt vier Schußwunden. Das Tjungli-Yamen wurde von den deutschen Marinesoldaten in Brand gesteckt. Die Menge griff dann die Gesandtschaftsgebäude an, von denen bald nur das englische, das deutsche und das italienische übrig blieben. Die englische Gesandtschaft wurde stark beschossen, die englischen Wachen erlitten große Verluste, da der Mangel an Munition sie zwang, ihr Feuer sehr einzuschränken.

An eine **Befreiung der Gesandtschaften** in Peking ist leider vorläufig nicht zu denken. Dem „Reuterischen Bureau“ wird aus Taku vom 30. Juni über Tschifu vom 3. Juli gemeldet: Admiral Alexejew und Admiral Seymour hielten heute einen Kriegsrat ab und kamen zu dem Beschlusse, daß es **unmöglich** sein werde, ohne **viel größere Streitkräfte zu versuchen, Peking zu entsetzen**. Es dürfte nach ihrer Ansicht möglich sein, Tientsin zu halten, aber wenn dies nicht thunlich sei, würden sie sich bemühen, Taku zu halten. (1) — Dieser kläglichen Botschaft schließen sich ergänzend Berichte aus Tientsin an, die die höchste Bedrohung aller Fremden auch in dieser Stadt melden. Die Fremden seien aufgefordert, sie zu verlassen, Frauen und Kinder würden weggeschafft.

Das Drunter- und Drübergehen aller Dinge bis nach oben hin, die offensichtliche Anteilnahme der maßgebenden chinesischen Kreise an der Erhebung, dabei aber auch die Feuchelei seitens dessen, den man als Retter anzusehen beliebt, zeigen folgende Nachrichten: Der deutsche Konsul in Tschifu meldet unterm 3. d. Mis.: In Peking sollen General **Tung-fuh-hiang** und Prinz **Tuan** unter dem Motto „Verichtung aller Fremden“ alle Gewalt an sich gerissen haben und die Kaiserin und den Prinzen Ching offen bekämpfen. Der Gouverneur von Schantung steht mit 8000 Mann in Tsinan, angeblich zur Abwehr eines deutschen Angriffs von Tschifu aus; 3000 Mann seines eigenen Korps und 10 000 Mann Provinzialtruppen befinden sich an der Grenze von Tschifu. Der Gouverneur nimmt einstweilen eine abwartende Haltung ein und steht mit den Generalgouverneuren von Süd- und Mittelchina im regsten Verkehr. Prinz Tuan erließ am 26. Juni ein Dekret, das erklärt, die patriotischen Boyer hätten vereint mit den Reichstruppen zahlreiche Siege über die Ausländer errungen, und den Vizekönigen und Gouverneuren befiehlt, neue Boyerkorps zu werben, da sie im Kriege mit den fremden Mächten sehr nützlich sein dürften. — Der amerikanische Konsul in Tientsin hat am Dienstag nach Washington berichtet: Der Kaiser und die Kaiserin-Witwe seien im Palaste **als Gefangene**, die Thore der Stadt seien geschlossen. Prinz Tuan und seine Boyer hätten allein die Macht in der Hand, in den Straßen herrsche völlige Anarchie. — Aus diesem Telegramm darf man aber nicht etwa schließen, daß die sog. Kaiserin-Witwe etwa friedlichere Natur sei als Herr Tuan. Chinesische Zeitungen in Kanton veröffentlichen **Gedächtnisse** des Weibes, die, wenn sie authentisch sind, sehr klärend wirken können. Sie besagen, eine Ausöhnung mit den Christen sei völlig ausgeschlossen. Die Fremden hätten den Kampf gegen China mit dem Angriff auf die Taku-Forts eröffnet, und infolgedessen sei die Erbitterung gegen

alle Fremden noch gestiegen. Eine Unterdrückung des Volkes sei gefährlich und daher scheint eine Verminderung der fremdenfeindlichen Bewegung bis auf weiteres ratsam. Die bedrohten Gesandtschaften in Peking wollen die Kaiserin schützen. (1) Ob die Fremden stärker seien oder China, bleibe abzuwarten, jedenfalls sollten aber alle Gouverneure unverzüglich Truppen zur Verteidigung ihres Bezirks anwerben und gemäß den herrschenden Verhältnissen nach eigenem Ermessen handeln. Für jeden Landverlust seien sie verantwortlich. — Sehr merkwürdig benimmt sich denn auch der noch immer in Canton „wallende“ Si-Hung-Tschang. Der Konsul der Vereinigten Staaten in Canton meldet, daß Si-Hung-Tschang ihm versichert, er werde sofort eine strenge Proklamtion erlassen, welche die Aufrechterhaltung von Frieden und Ordnung in seinen Provinzen anordne, er werde ferner die nötigen Maßnahmen treffen, um die Fremden so weit als möglich zu schützen. Die Meldung besagt ferner, daß Si-Hung-Tschang seine Truppen bedeutend vermindert. Andererseits gehts ähnlich zweideutig her. In der Provinz Schantung, zu der Klauschou gehört, steht nach einer Mitteilung des deutschen Konsuls in Tschifu der chinesische Gouverneur mit 8000 Mann in Tschuan, angeblich zur Abwehr eines deutschen Angriffes von Tschuan aus; 3000 Mann seines eigenen Korps und 10000 Mann Provinzialtruppen befinden sich an der Grenze von Tschifu. Der Gouverneur nimmt einseitig eine abwartende Haltung ein und steht mit den Generalgouverneuren von Süds- und Mittel-China im regsten Verkehr.

Nachstehend die letzten Meldungen: Der Londoner Admiralkollegium ist eine Depesche des Admirals Seymour aus Tientsin vom 30. Juni zugegangen, welche besagt, von Peking seien chinesische Couriere mit einer kurzen, vom 24. Juni datierten Nachricht angekommen, nach der alle Gesandtschaften, mit Ausnahme der britischen, französischen, deutschen und eines Teils der russischen, zerstört waren. Die, wie die Couriere weiter berichteten, sämtlich in der englischen Gesandtschaft befindlichen Europäer waren mit Vorräten, aber nur mit knapper Nahrung versehen. Ein Thor von Peking, das in der Nähe dieser Gesandtschaft liegt, wurde von Europäern mit Geschützen gehalten, die sie den Chinesen abgenommen hatten. Fünf Mann von der Marine-Wachmannschaft sind gefallen, ein Offizier wurde verwundet; viel Krankheit war beim Abgang der Couriere nicht aufgetreten. Die Chinesen hatten am 23. Juni das Land bei Peking mit Wasser aus dem Großen Kanal überflutet, wahrscheinlich um die Stadt nach Süden zu verteidigen. Den Europäern war kein Leid geschehen, der Gesundheitszustand im allgemeinen gut. — Aus Schanghai meldet Reuter vom Dienstag: Das Konjunkturkorps hielt heute eine Sitzung ab. Alle Vize-Könige in den Yangtseprovinzen sind entschlossen, Frieden zu halten; nur der Gouverneur von Tschekiang zeigt fremdenfeindliche Gesinnung. In Schanghai herrscht Ruhe, die Schutzwache vermehrt sich täglich. In Hangschau macht sich Unbehagen über die Lage bemerkbar. — Von den Truppenrüstungen der Mächte verlautet, daß Rußland auch eiliche Schiffe seiner sibirischen Flottille ins Gelbe Meer entsenden werde. Der französische Marineminister hat zwei weitere Kreuzer nach China beordert.

Folgendes erfährt man von den Deutschen Truppen: Den Verwundeten soll es gut gehen. — Der russische Kriegsminister General Kuropatkin hat dem deutschen Militärattaché in St. Petersburg folgendes Telegramm mitgeteilt, welches der russische Viceadmiral Alexejew unter dem 3. d. Mts. aus Port Arthur an den russischen Kriegsminister gerichtet hat: „General Sibjel hat aus Tatu, 30. Juni, gemeldet: Während des gestrigen Kampfes trat deutsches Landungskorps, Offiziere und Mannschaften unter unserm Befehl; ihr Verhalten war erhaben über jedes Lob; sie haben sehr hervorragende Tapferkeit, gründliche Ausbildung, Umsicht und Marneszucht gezeigt. Das Landungskorps hat große Verluste erlitten. — Laut telegraphischer Meldung des Viceadmirals Bendemann sind drei Hamburger vom Kriegsschiff „Gefion“, nämlich Obermatrose Heinrich Vating, Matrosen Heinrich Guedecke, Max Nicck in heldenmütigen Kampfe bei Verteidigung der deutschen Gesandtschaft in Peking gefallen. Die beiden Letzgenannten waren Ernährer ihrer verwitweten Mütter. Wer sorgt nun für diese?

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.
Auf neue Flottenforderungen macht sich die regierende Partei bereits gefaßt. Sollte wieder ein Flottenproblem zu lösen sein, so äußerte der ultramontane Abg. Trimborn in einer Versammlung der Kölner Centrumspartei am Sonntag, „dann wird, falls das Centrum maßgebend bleibt, im Reichstag bei der Lösung der Deckungsfrage an dem zweimal zur Anerkennung gebrachten Prinzip: Belastung der stärkeren Schultern, von mir festgehalten werden. In Verlegenheit, nach der Richtung neue Steuern zu finden, werden wir wohl nicht kommen. Für den Eventualfall ist bereits eine Besteuerung der Lantien der Ausschikräte bei Aktiengesellschaften in Aussicht genommen. (Heiterkeit und Beifall.) Das ist mir Ernst; der Vorschlag ist jedenfalls erwägungswert. Ich nehme es keinem übel, wenn er ein warmer Freund der Flotte ist, aber jenen Flottenschwärmern, die nicht selten von eigennütigen Motiven sich leiten lassen, möchte ich zurufen: Quidquid agis, prudenter agas et respice finem! Wie Du auch schwärmen, tosten und reden magst, denk' an die Deckung. (Stürmische Heiterkeit.) So hoffe ich denn, daß unser Vorgehen mehr oder weniger abfällige und ergiebige Wirkung auf gewisse Kreise ausüben werde.“ Nein, die Wirkung wird es haben: die Regierensbrannten im Flottenverein und die Flottentieranten allerorten zu immer größeren Forderungen anzureizen. Die kleinen Deckungsscherze des Centrum sind hierin das nicht nur nicht, sie fördern es nur. —

In derselben Versammlung der Kölner Centrumspartei gab Herr Trimborn recht interessante Aufklärungen über den

Kampf um die lex Heinze und speziell über die letzten Vorgänge im Centrum. Er sagte hierüber nach der Kölnischen Volkszeitung: „Immer neue Anträge wurden eingebracht, ein Ende war nicht abzusehen und die Stimmung wurde immer erregter. In dieser Situation griff der von allen Parteien hochverehrte Präsident Graf Ballestrem ein; er verhandelte zwischen den Parteien und unterbreitete ihnen einen Kompromißvorschlag, der wesentliche Teile des Entwurfes opferte. Ich darf verraten, daß bei Beratung dieses Vorschlages in der Centrumsfraktion ein harter Kampf entstand. Die einen besorgten, daß durch die Annahme des Kompromisses das Ansehen des Reichstages und der Partei leiden werde. Es wurde hingewiesen auf die Konsequenzen, welche sich aus einem Zurückweichen vor der Obstruktion ziehen ließen und auch hingewiesen auf die insamen Angriffe, welche außerhalb des Parlaments, besonders in „Wißblättern“, auf einzelne Personen gemacht wurden. Schließlich drang eine andere Ansicht durch, der neben dem Abgeordneten Noeren auch ich mich zuwandte. Man sagte sich, daß die Aussichten, durchzukommen, gering seien. Summe neue Anträge wurden gestellt; es war wie bei der Hydra, der stets ein neuer Kopf wuchs, wenn einer abgeschlagen worden war. Namenliche Abstimmungen konnten über alle noch vorliegenden 37 Anträge, ja über einzelne Worte, beantragt werden; neue Anträge würden den verabschiedeten folgen. Zweifelhaft war es zudem, ob alle parlamentarischen Ordnungsparteien im Widerstand gegen die Obstruktion ausgehalten hätten, so bezüglich der Freikonservativen, welche Gegner der Vorlage waren. Die Lage war erschwert durch den Umstand, daß der Kompromißantrag vom Präsidenten Ballestrem ausgegangen war, man also eventuell gegen denselben hätte Stellung nehmen müssen. Die Besorgnis lag nahe, daß beim Verharren auf dem alten Standpunkt nichts erreicht würde, während bei Annahme des Vorschlages Bestimmungen Gesetzeskraft erhielten, welche nach Ansicht des Abg. Noeren bedeutsam sind. So wurde in § 184 die Strafbarkeit „unzüchtiger“ Schriften erweitert und in § 184 a die Bestimmung aufgenommen, daß der Verkauf von Schriften, Bildwerken, die „ohne unzüchtig zu sein, das Schamgefühl gröblich verletzen“, an Kinder unter 16 Jahren strafbar ist. Darauf kann zu gelegener Zeit weiter gebaut werden. Wir haben uns der alten Taktik erinnert, die auch Windthorst befolgte, das Erreichbare zu nehmen, wenn man nicht alles haben kann. Auch Herr Trimborn variiert das Thema: „Nun aber weiter“ in seiner anmutigen Weise. Die Gegner der lex Heinze haben also auch weiterhin auf der Hut zu sein und ihr Pulver trocken zu halten. —

Daß der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika Generalmajor v. Liebert, am 23. Juni vom Kaiser seines Amtes enthoben worden, wird von der Kölnischen Zeitung als unbegründet bezeichnet. Liebert sei gebeten worden, seine Abreise so lange aufzuschieben, bis der Nachfolger des Kommandeurs der Schutztruppe v. Natumer in Dar-es-Salaam eingetroffen ist. Dieser Nachfolger, Major v. Estorf, werde Ende Juli in Ostafrika sein, und Anfang August könne Liebert die längst bewilligte Urlaubreise antreten. Ob er nach Afrika zurückkehren wird, lasse sich nicht voraussagen. Liebert hat nur noch ein Dutzend Vordermänner zum Divisionär; wenn er nicht bald eine Brigade übernimmt, so verzichte er damit auf eine weitere militärische Laufbahn in der Heimat. Das wird er also wohl nicht thun und damit erledigt sich das offiziöse Gerücht über seine Entlassung. Hat er sie noch nicht, so wird er sie bald erhalten. —

Zum **Unterstaatssekretär im Kultusministerium** ist, wie im Reichsanzeiger amtlich bekannt gegeben wird, der Geheime Oberregierungsrat Wever ausgerufen. Die Post will wissen, daß Ministerialdirektor Dr. Kügler die Annahme des Unterstaatssekretariats entschieden abgelehnt habe. —

Zur Frage des **Arbeiterrechts** wird offiziös geschrieben: Vorbereitungen für die Entwürfe sind in ausgedehntem Maße vorgenommen, und es sind auch in dankenswerter Weise Sachverständige aus den zuständigen Interessentkreisen gutachtlich vernommen worden. Die Arbeiten sind so weit gediehen, daß anzunehmen ist, die gesetzgebenden Faktoren werden sich mit den betreffenden Entwürfen in einer nahe Zeit schon beschäftigen können. —

Nachrichten aus dem Auslande.

Der **Kongress des Weltpostvereins** zur Feier des 25-jährigen Bestehens des Vereins nahm einstimmig die Kommissionsanträge betreffend Errichtung eines Denkmals zur Erinnerung an die Gründung des Weltpostvereins an und beauftragte den schweizerischen Bundesrat mit Vollziehung des Kongressbeschlusses. —

Die Aktion der **belgischen Sozialdemokratie** zur Erlangung des allgemeinen und gleichen Stimmrechts hat begonnen. Dienstag abend fand zu diesem Zwecke im Volkshaus zu Brüssel eine Versammlung sozialistischer Abgeordneter statt. Alle Redner ernteten großen Beifall, besonders aber der Abgeordnete van der Velde, welcher die Drohung aussprach, die Sozialisten würden, wenn nötig, das **allgemeine, gleiche Stimmrecht auf den Barrikaden der Revolution verlangen**. „Wir haben unsere Worte gut überlegt und rufen kalten Blutes aus, die Gerechtigkeit muß siegen!“ —

Der Generalissimus der **französischen Armee**, General Jamont, hat infolge der Vorfälle im Generalstab seine Entlassung eingereicht. Wie die Liberté meldet, hatte Jamont eine längere Unterredung mit Loubet, in welcher er die Berücksichtigung des Dienstalters für die Ernennung des neuen Generalstabschefs verlangte. Jamont soll dem Präsidenten der Republik die Lage in der Armee als äußerst gefährlich dargestellt haben. Da Jamont seine Ansichten gegenüber Loubet durchsetzen wollte, demissionierte er. In der Deputiertenkammer richtete Jourde am Mittwoch an den Kriegsminister die Anfrage, ob es richtig sei, daß der Generalissimus Jamont seine Entlassung eingereicht habe. Ministerpräsident Waldeck-Rousseau erklärte sich mit der so-

fortigen Besprechung einverstanden. **Kranz** giebt seiner Hochachtung für General Jamont Ausdruck und wirft der Regierung vor, daß sie den Generalstab desorganisiert. Jourde erklärt, er verstehe nicht, wie Kranz, ein ehemaliger Kriegsminister, als Vordredner der Disziplinlosigkeit auftreten könne. Es werden schließlich zwei Tagesordnungen eingebracht. Die erste von Gouzy beantragte besagt: Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung, die zweite, welche Kranz vorschlägt, enthält den Satz: Die Kammer bedauert die Politik, welche die Armee zu desorganisieren bezweckt. Waldeck-Rousseau erklärt, er nehme die erste Tagesordnung an. Dieselbe wird mit 307 gegen 258 Stimmen genehmigt. —

Der **finländische Senat** sandte eine Eingabe an den Kaiser, worin erklärt wird, daß er das kaiserliche Reskript, betr. die Einführung der russischen Sprache in Finland, betr. die Einschränkung der Versammlungsfreiheit und betr. die Erlaubnis für die Russen, gewisse Arten von Handel zu betreiben, die den Finen verboten seien, nicht veröffentlichen könne. Diese Mannhaftigkeit wird den braven Finen nur leider nichts helfen können. —

Nachrichten aus Magdeburg.

— Eine **Betrachtung über die gegenwärtige wirtschaftliche Konjunktur** schließt die Zeitschrift: Der Arbeitsmarkt mit folgendem Resümee: Selbst bei der vorzüglichsten Bewertung aller in Frage kommenden Momente, bei peinlichster Auswahl der vielen zum Teil verwirrenden, zum Teil übertriebenen Nachrichten kommt man zu der einwandfreien Diagnose: daß der für die Gesamtkonjunktur maßgebende Eisenmarkt ein Zurückgehen der Nachfrage, eine Binnahme des allerdings ziemlich krafft disziplinierter Angebots aufweist. Diese Marktgestaltung bedeutet aber, daß auch in der Eisenindustrie die rückläufige Bewegung begonnen hat und bei der Stärke der sie verursachenden Momente nicht mehr aufzuhalten ist. Am meisten zeigt sich der Umschwung im Textilgewerbe. Die Ausfuhrverhältnisse für die Erzeugnisse der deutschen Textilindustrie werden immer schwieriger; es fehlt vor allem der Absatz nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Unter diesen Verhältnissen leidet die Lohnbewegung der deutschen Textilarbeiter. Die Löhne zeigen sogar bei den männlichen Arbeitern eine Neigung zum Sinken, bei den weiblichen steigen sie nur sehr langsam. —

— Die **Kohlenkrise** dauert noch an und ist auch in absehbarer Zeit an eine Veränderung nicht zu denken. Von nächster Woche an soll der Centner Braunkohle den Preis von 1 Mark erreichen. Für diejenigen, die mit jedem Pfennig rechnen müssen, allerdings recht trübe Aussichten. Wie uns mitgeteilt wird, liegt der Grund hauptsächlich in dem Wegfall der Nachschichten nach dem großen Streik im böhmischen Kohlenbecken, dann sollen aber auch durch Auswanderung eines Teiles der Kohlenarbeiter die Belegschaften der Gruben auf 80 Prozent ihres früheren Bestandes zusammengeschrumpft sein. Die dadurch verminderte Produktion auf der einen und die vergrößerte Nachfrage nach Kohlen auf der anderen Seite bewirkt die Preissteigerung. Dazu kommen dann noch die Ringbildungen des Unternehmertums, die die jetzige Notlage ausbeuten. Sie dürfen auch wohl die Hauptursache der Preissteigerungen sein. —

— Der **Erzener Eisenbahner-Verband**, die Konkurrenzorganisation des Verbandes der Eisenbahner Deutschlands hat es nun glücklich in Magdeburg zu einer Ortsgruppe gebracht. Sie soll 98 Mitglieder auf allen Magdeburger Bahnhöfen zählen. Wenn man berücksichtigt, daß wohl die Werkmeister und Vorarbeiter des „guten Beispiels“ halber sich sämtlich dem Erzener Eisenbahner-Verband angeschlossen haben, dann erscheint der Bestand von 98 Mitgliedern als außerordentlich gering. Unter den Eisenbahnern Magdeburgs scheinen sich nicht viel Streiber zu befinden, die sich wohl zählen in dem Verband mit der „vaterländischen Gesinnung“. Höher als die sogenannte Treue zu Kaiser und Reich steht ihnen die Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen und die Befürchtung am besten der Verband der Eisenbahner Deutschlands. —

— Ein **Menschenauflauf** entstand am Mittwoch nachmittags 4½ Uhr vor dem Hause Jacobsstraße 49. Lautes Geschrei zweier Knaben, die mit den bekannten kleinen Fliegendritten handelten, lockte die Passanten in den Hausflur und Hof. Die Knaben hatten ihre Ware aus dem Hofe feilgeboten. Unter irgend einem Vorwand wurden sie nun in die dort befindliche Niederlage der Lederhandlung von Pallbaur gelockt, aus der sie bald darauf, über und über mit einer weißen Schwärze bedeckt, ihre zerdrückten Fliegendritten in der Hand haltend, laut weinend herauskamen und sich über die ihnen gewordene Behandlung beschwerten. Besonders ist es der Schulknabe Jenge aus Osterleben, der geschlagen worden ist. Wenn sich ein gewöhnlicher Mensch eine derartige Handlungsweise zuschulden kommen läßt, so wird man diese entschieden verurteilen, wenn aber, wie in diesem Falle, ein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, wie der Hausdiener in dem genannten Geschäft sich durch solche Handlungen an den Kindern verlistet, die ihre Forderungen zu beugen, um den fargen Verdienst der Eltern etwas zu erhöhen, so ist das doppelt verwerflich und legt von großer Nothzeit Zeugnis ab. Uebrigens sind derartige Streiche dort schon des öfteren beobachtet worden. Von dem betreffenden Einfluß, den die gewerkschaftliche Bewegung im allgemeinen ausübt, ist bei dem Hausdiener in dem bezeichneten Geschäft noch nichts zu merken, oder sollte er nach dem Grundfaß handeln: Nicht Euch nach meinen Worten aber nicht nach meinen Thaten? —

— **Zwei Magdeburger** sind nach der vom Norddeutschen Lloyd veröffentlichten Verlustliste beim Feuer in dem New Yorker Docks des Lloyd's mit verbrannt: der Kohlenzieher Oswald Schulze und der Geizer Gustav Siegel. —

Der **Verband deutscher Bureaubeamten** (Sitz Berlin) hält am 11., 12. und 13. August d. J. in Magdeburg seinen 13. Verbandstag ab. Zur Beratung kommt u. a. ein Antrag auf Absendung einer Petition an den Reichstag, betreffend die Rückvergütung der Hälfte der zur Alters- und Invaliditätsversicherung eingezahlten Beiträge an die bei Staats- und Kommunalbehörden mit Pensionsberechtigung zur Anstellung gelangenden Verheiratheten. Im übrigen stehen Beratung von Anträgen auf Statutenänderung und Erledigung sonstiger Verbandsangelegenheiten auf der Tagesordnung. —

— Für **Kartoffelesser** sind Juni und Juli die schlimmsten Monate des ganzen Jahres. Um diese Zeit sind die alten Kartoffeln schon recht teuer und überein schlecht und die neuen sind noch nicht billig. Die alljährliche Steigerung der Kartoffelpreise beginnt in der Regel schon im Lauf des Winters, doch ist sie da zunächst noch gering. Fühlbarer wird sie gewöhnlich erst im Frühjahr, zu Beginn des Sommers aber erreichen die Preise meist eine ganz außerordentliche Höhe. Wenn 10 Pfund Kartoffeln beim Großhändler im Oktober 25 Pfennig kosten, dann hat man für dieselbe Menge im Juni 60 Pfennig und im Juli oft 70 Pfennig zu bezahlen. Die Kartoffelesser aus Liebhaberei — es giebt solche, doch sind sie ziemlich rar — sehen über derartige Preissteigerungen vielleicht eher hinweg. Aber die Kartoffelesser aus Zwang — die empfinden es bitter, daß sie jetzt fast doppelt so viel wie im Herbst für ihre Kartoffeln ausgeben müssen. Diese Kartoffelesser aus Zwang sind leider sehr zahlreich. In ärmeren Familien gehört die Kartoffel neben dem Brot zu den Hauptnahrungsmitteln. Eine Familie von zwei Erwachsenen und 4-6 Kindern verbraucht davon solche Mengen, daß schon geringe Preissteigerungen bald bemerkbar werden. Wo an jedem Tag durchschnittlich 10 Pfund Kartoffeln verbraucht werden, da müssen im Juni und Juli für dieses Nahrungsmittel täglich 25 bis 35 Pf. mehr ausgegeben werden als im Oktober oder November. Das macht etwas aus, wenn man mit Großen und Pfennigen rechnen muß! Und dieser Mehrausgabe kann sich der Unbemittelte auf keine Weise entziehen, weil es für ihn gerade bei der Erhöhung der Kartoffelpreise ein Entrinnen nicht mehr giebt.

Die Kartoffel ist ja ohnedies schon die letzte Hoffnung des Armen. Sie spielt die wichtigste Rolle in seinem Haushalt, sie behauptet Tag für Tag den ersten Platz auf seinem Tische. Sie ist es auch, die ihm immer wieder als Ersatz für andere wertvollere Nahrungsmittel dienen muß, sobald diese im Preise zu steigen beginnen: für Fleisch, für Brot, für bessere Gemüße. Wenn aber die Kartoffel selber teurer wird, dann ist kein Ersatz mehr möglich; es giebt eben kein Nahrungsmittel, das noch billiger und schlechter wäre als die Kartoffel. Bei richtigen Kartoffelkulturen pflegt daher den Ackerbauern auch heutzutage immer noch nur der eine Ausweg zu bleiben, daß sie selbst ihren Verbrauch an Kartoffeln einschränken, d. h. — hungern. —

Ein bedeutender Wasserrohrbruch entstand am Mittwoch abend um 6 Uhr in der Braunehirsstraße, wodurch das Straßengiebelwerk vom Breitenweg bis zur Schloßstraße und noch in dieselbe hinein fast vollständig versank. Ein Glück, daß um diese Zeit kein Wagen die gefährliche Stelle passierte. Die Straße bleibt vorläufig gesperrt. —

Eine Eigenerbände, die von Danneburg hierher transportiert worden war, mußte am Mittwoch Freitagmorgen im Neustädter Rathause beziehen und mit ihnen 11 in ihrem Weste befindliche Wägen, die im Nachbargrundstücke untergebracht wurden. Die Einfuhrung erfolgte, weil die Montaden nicht genügende Papiere zur Legitimation bei sich hatten. Da sie behaupteten, österreichische Staatsangehörige zu sein, dürfte ihre Ueberweisung nach Oesterreich erfolgen. —

Eine nette Weigerung richtete am Mittwoch abend 7 1/2 Uhr ein Nachfahrer in der Ringstraße gegenüber dem „Hoffäger“ an. Derselbe fuhr gegen einen Eimer mit Ochsen- oder Schweineblut, den ein Mann in seiner rechten Hand trug. Derselbe wurde über und über mit der roten Flüssigkeit besudelt. Dieses und der Gedanke, daß wegen des vergifteten Hutes die anzufertigende Rotwurst weniger schmackhaft würde, veranlaßte den Eimerträger, dem davoneilenden Nachler eine Unsumme von Schimpfwörtern nachzurufen, von denen derjenige, dem sie galten, die wenigsten verstanden haben dürfte. —

Unfall. Am Donnerstag früh um 7 Uhr wurde einem Schmiede in der Ludauer Maschinenfabrik beim Arbeiten an einem sogenannten Fallhammer die rechte Hand gequetscht. Ein Notverband konnte gleich an Ort und Stelle angelegt werden. Ein Glück, daß der Hammer langsam an den Getriebrollen herabgerollt, sonst hätte der Verletzte den Verlust der ganzen Hand zu beklagen gehabt. Den Schmieden, die an diesen Fallhammer zu arbeiten haben, kann nicht oft genug zur Vorsicht geraten werden. Während des Einschlagens von Eisen oder Veränderungen an der Unterlage, verabsäume man nie den Hammer so festzustellen, daß ein Hinabgleiten nicht möglich ist. —

Provinz und Umgegend.

Aischerleben. 18 000 Mark sind hier einem Fuhrherrn gestohlen worden. Die Diebe waren des Nachts eingestiegen und wurden durch den Eigentümer, der einen seltenen Schlaf hat, in ihrem Geschäft nicht geföhrt. Zur Vorsicht hatten sie ihn übrigens eingeschlossen und die Thüre mit einem Nagelbohrer festgebohrt. —

Wurg. Mit welchen Mitteln man in Wurg der Wohnungsnot zu steuern vermag, davon legte eine Gerichtsverhandlung gegen den Tischler M. Zeugnis ab, die nach mehr als einer Michtung hin für die Arbeitererschaft von Interesse ist. Der oben Genannte wohnte seit längerer Zeit, weil er keine Wohnung bekam, im städtischen Armen- und Arbeitshaus. Anfang Mai erhielt er vom Amtsgericht einen Strafbefehl auf 8 Tage Haft lautend, die zu verbüßen seien, wenn er sich nicht innerhalb einer bestimmten Frist eine Wohnung verschaffe. Gegen diesen Strafbefehl erhob M. Einspruch, der am 3. Juli zur Verhandlung stand. M. behauptete, daß er sowohl wie seine Frau sich die redlichste Mühe gegeben hätten, in der Stadt wie auf den benachbarten Dörfern ein Unterkommen zu finden. Es sei aber nicht gelungen. Zwei Hausbesitzer aus Detershagen bestätigten dies. Auch der Armenhausvater Reiffhaus bezeugte, daß M. und seine Ehefrau ihre Schuldigkeit getan haben. Auch ihm, Reiffhaus sei es nicht möglich gewesen für M. eine Wohnung in der Stadt aufzutreiben. M. gab umsonst eine Ursache gehabt sich ein Unterkommen zu verschaffen, weil ihm eröffnet sei, daß, wenn er noch länger der Stadt zur Last falle, er und seine Frau die Strafen mit sich nehmen müßten. Das nennt man doch noch eine „gesunde“, „zeitgemäße“ und „praktische“ Wohnungspolitik! Die Unternehmer ziehen hunderte von Arbeitern nach Wurg, die Stadt baut glänzende Kasernen für — Soldaten, das Privatkapital errichtet Häuser mit Offizierswohnungen, und wenn der Proletarier dann keine Wohnung erhält, bekommt er Haft und den Brest. In diesem Falle wurde das Opfer freigesprochen, weil es den vom Gesetz verlangten Nachweis, sich bemüht zu haben, erbringen konnte. Wie aber kann solchen entsetzlichen Zuständen abgeholfen werden? Durch eine gesunde Kommunalpolitik, die nicht nur das Wohl der Herren Hausbesitzer, die unter den jetzigen Verhältnissen goldene Enten einheimsen, im Auge hat, sondern auch der Arbeiter, der Mieter gedenkt. Im Herbst werden die Arbeiter Wurgs Gelegenheit haben zu zeigen, daß sie ihr Geschick in die eigene Hand nehmen wollen, dadurch, daß sie Leute in das Rathaus schicken, die unter solchen Zuständen mit Leiden, und deshalb besser wissen, wo sie der Schutz drückt, als das satte Bürgerthum, das jetzt die Sessel dort drückt. —

Gommern. Ein schöner Zug von Solidarität spielte sich am Sonnabend, den 23. Juni, auf der Heißhütte Vogelshang bei Gommern unter den dort beschäftigten Bauhandwerkern und Bauarbeitern ab. Ein Bauarbeiter hatte seinen Wochenlohn in Höhe von 20 Mark verloren. Daß der Verlust dieser Summe ihn schwer bedrängte, war an seinen traurigen Mienen zu sehen. Aber da zeigte sich, daß so lange die Arbeiterbewegung hier am Orte besteht, auch das Solidaritätsgefühl seinen Einzug in die Köpfe der Arbeiter gehalten hat. Es wurde nämlich eine Sammlung veranstaltet, wobei zwar nicht 20, aber doch 19 Mark herauskamen. —

Klein-Schierstedt. Zur Ermordung der Witwe Bartelt wird berichtet, daß es bis jetzt nicht gelungen ist, des Vormanns habhaft zu werden. Aus der Schweiz kam an ihm in der vorigen Woche eine Postkarte von seinem Bruder an, der sich schon seit mehreren Jahren

dort aufhält. Jetzt erst ist bekannt geworden, welcher gemeingefährliche Mensch Vormann ist; er ist schon wiederholt mit dem Strafgesetz in Konflikt geraten und hat noch verschiedene Thaten auf dem Kerbholz. Im benachbarten Dorfe Groß-Schierstedt war vor einigen Jahren an der Witwe Hermann ebenfalls ein Mord verübt worden, auch dieser Mörder ist bis jetzt nicht ermittelt. Wie viel Geld Vormann seinem Bruder entwendet hat, läßt sich nicht feststellen. Der Schmuckkasten dessen Standort ihm genau bekannt war, ist unberührt stehen geblieben. —

Kleine Chronik.

Ein Lustmord wurde am Montag in der Nähe von Köln auf dem Wege nach F r i m m e r s d o r f an einem ca. 25jährigen Mädchen verübt. Das bedauerndste Wesen wurde, nachdem sie vergewaltigt worden war, durch vier Revolvergeschosse, von denen drei den Kopf trafen, getötet; von dem Thäter hat man bisher keine Spur. —

Jum Lustmord bei Dirschau, dem, wie wir berichteten, die Arbeiterfrau Hoffmann aus Plebschau zum Opfer fiel, wird weiter gemeldet, daß der der That verdächtige und fleckförmig verfolgte russisch-polnische Arbeiter Martin Lewandowski in Alt-Janischau bei Preußisch-Stargardt ergriffen und dem Gerichtsfängnis in Dirschau zugeführt worden ist. —

Ein Wilderer-Encounter mit tödtlichem Ausgang fand am frühesten Morgen des vergangenen Sonntags im Walde bei So h e n s c h a f t l a r n in der Nähe von München statt. Der Jagdpächter, Landgerichtsrat Riebl aus München, traf mit Wilderern zusammen, von denen der eine auf ihn anlegte. Nachdem der Wildschütze der Aufforderung des Jagdpächters, das Gewehr abzulegen, keine Folge leistete, streckte Landgerichtsrat Riebl den Wilderer durch einen Schuß zu Boden. Der Betroffene war auf der Stelle tot. Sein Gefährte entfloß. Der Landgerichtsrat erstattete selbst Anzeige. —

Der Schlägerei in S w i n e m i t t e scheinen nach den weiteren Berichten vier Menschenleben zum Opfer gefallen zu sein, und zwar der Unteroffizier Schulz, dessen Eltern in Swinemünde wohnhaft sind, und drei Artilleristen. Schulz wurde in der Schußstraße, in einer Hausthüre sitzend, aus zahlreichen Wunden blutend, tot aufgefunden. Ein Artillerist war am Kirchplatz über das eiserne Gitter an der Kirche geworfen worden. Eine Spitze des eisernen Gitters, an dem er verunfallt hängen geblieben war, war abgebrochen und steckte noch im Fleisch seines Knies. Der Mann muß noch lebend hinübergeworfen sein, da er im Todesstaupe noch ins Gras gegriffen hatte, das er noch fest in den Händen hielt. Eine dritte entsehtlich zugerichtete Leiche eines Artilleristen wurde beim Waldschloß, also in großer Entfernung von den anderen Leiden gefunden. Ein weiterer Artillerist wird vermißt und man glaubt, daß er ins Wasser geworfen worden ist. Es wurden am Montag bereits 9 Verhaftungen vorgenommen. —

Durch Blitzschlag wurden im Dominium K r o j a n t e n bei Konig 18 Arbeiter verletzt. —

Bei einem heftigen Gewitter in der Dienstag-Nacht schlug der Blitz in dem Dorfe Groß-Elernitz bei Danzig in eine Kiste und zündete. Die Familie Mikowski, Vater, Mutter und zwei kleine Kinder, die durch den Blitz betäubt waren, sind in den Flammen umgekommen. —

Unter dem Verdacht schwerer Brandstiftung in der eigenen Fabrik wurde der hochangesehene Fabrikbesitzer Werner in W e r d a u bei Baidau mit seiner gesamten Familie verhaftet. —

Nach einer bei Blohds aus C r a e s e n b eingegangenen Depesche entzündete am Dienstag ein Blitz den Deldampf in dem Schiffsraum des in Bremen beheimateten Schiffes „Helene“, welches eine Ladung amerikanischen Naphtas im Rheinshafen löschte. Drei Mann wurden getötet, drei erlitten schwere Brandwunden. Das Feuer wurde gelöscht. —

Zur Brandkatastrophe im Hafen von New-York.

Die Frankfurter Zeitung veröffentlicht die offizielle Verlautlichung des Norddeutschen Lloyd von dem Dampfern „Bremen“, „Saale“ und „Main“. Von den beim Lloyd Angestellten sind 140 Personen umgekommen, außerdem sehr viele Frachtverlader, wie Anfragen der Angehörigen darthun, ferner manche Schiffsbesucher, so daß nach einer mäßigen Schätzung die Gesamtzahl der Toten auf 250 zu beziffern ist. Bis jetzt wurden 97 Tote gefunden, von manchen nur ein Fuß oder ein Arm. Die Behörden bieten 5 Dollars für jede gefundene Leiche. Es sucht nunmehr eine Menge Privater den Fluß ab. Die Feuerwehrt ist noch mit Löscharbeiten am „Main“ beschäftigt. —

Nach einer dem Norddeutschen Lloyd am Mittwoch aus New-York zugegangenen Depesche wird wahrscheinlich auch der Dampfer „Main“ wieder repariert und in Fahrt gest. —

Da gegen die Führer verschiedener Schleppboote die Anklage erhoben worden ist, daß sie sich gelegentlich der Rettungsarbeiten bei dem Brande der Piers des Norddeutschen Lloyd Unmenslichkeiten hätten zu Schulden kommen lassen, so wird der Mayor von Hoboken gegen 2 Kapitäne von Schleppbooten die gerichtliche Verfolgung wegen Mordes beantragen. Zugleich setzt derselbe eine Belohnung von 1000 Dollars aus für Mitteilungen, welche geeignet sind, den Beweis zu erbringen, daß irgend welche Personen sich Unmenslichkeiten haben zu Schulden kommen lassen.

Der deutsche Votschafter von Holleben ist am Montag von Washington nach New-York gekommen, um auf Grund eigenen Augenscheines des Schauplatzes der Katastrophe vom Sonnabend und des ihm vom Norddeutschen Lloyd zur Verfügung gestellten und anderen Materials einen eingehenden Bericht über das furchtbare Brandunglück nach Berlin zu erstatten. —

In New-York ist eine Sammlung von Geldern für die Verunglückten begonnen worden. —

Letzte Nachrichten.

London, 5. Juli. Aus Schanghai wird vom Mittwoch berichtet: Eine kaiserliche Verordnung befehlt den Vicekönigen, alle Schiffe der fließlichen chinesischen Flotte zu veranlassen, die fremden Flotten sollen aus Schanghai vertreiben und die Stadt eingenommen worden sein. Den kaiserlichen chinesischen Generalen würden hohe Ehren und große Summen zu teil werden, den Soldaten, sowie jedem an der Fremdenvertreibung Beteiligten Geldbelohnungen. Die Nachricht bedarf sehr der Bestätigung. — Ueber Tschiu wird mitgeteilt, daß die Lage in Tientsin noch verzweifelter geworden sei. Die Chinesenstadt ist schon seit dem 30. Juni im Besitz der Oger. —

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt: Sonnabend, den 7. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Bezirk Budau im „Thalia“, Dorotheenstraße 14. Bezirk Alte Neustadt in der „Krone“, Moldenstraße 44. Bezirk Sudenburg in der „Herbst Bierhalle“, Schönningerstraße 25. Bezirk Wilhelmstadt im „Luisenpark“, Spielgartenstraße 1c. Außerdem verweisen wir unsere Mitglieder in Diesdorf auf die öffentliche Metallarbeiter-Versammlung daselbst am Sonnabend abend 8 Uhr im Lokale der Witwe Wärtens. —

Verband der Steinsetzer und Berufsgenossen Deutschlands, Filiale Groß-Ditersleben. Die Versammlung am Sonntag, den 8. Juli, fällt wegen des Gewerkschaftsfestes in Ditersleben aus. Nächste Versammlung am 15. d. M. —

Freitag, 6. Juli:

Männer-Turnverein „Frisch auf“, Magdeburg. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde im „Drei Kaiserbund“.

Arbeiter-Turnverein Angola. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde in der Krone, Moldenstraße.

Mundharmonika-Verein Concordia, Alte Neustadt. Jeden Mittwoch und Freitag Übungsstunde im „Schoppen“, Roggnerstr. 73.

Männer-Gesangverein „Vorwärts“, Alte Neustadt. Jeden Freitag Übungsstunde bei Schmächt, Moldenstraße 26.

Musikalischer Vergnügungsverein „Lyra“, Magdeburg-Neustadt. Jeden Freitag Übungsstunde im „Weißen Hirs“, Friedrichsplatz 2.

Naturheil-Verein Neue Neustadt. In der Genossenschafts-Badeanstalt, Breitenweg 31, Übungsstunde: Dienstags für Herren, Freitags für Damen. Anfang abends 8 1/2 Uhr.

Turnverein „Jahn“, Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnabend in der „Herbst Bierhalle“, Schönningerstraße 28.

Turnverein Vorwärts Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnstunde in der städtischen Turnhalle am Königsweg.

Arbeiter-Genossenschafts-Verein, Bezirk Budau. Jeden Freitag abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde bei Wehge, Thiemstraße.

Arbeiter-Turnverein Odenstedt. Dienstags und Freitags Übungsstunde bei U. Schulte.

Diesdorfer Männer-Turnverein. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde im „Weißen Hof“ (Zuh. Hildebrandt).

Arbeiter-Gesangverein Diesdorf. Jeden Freitag abends 8 Uhr Übungsstunde bei Hermann Hildebrandt (Gasthof zum weißen Hof).

Kie b e r n d o b e l e b e n. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde bei Gustav Hornemann.

K l e i n - D i t e r s l e b e n. Männer-Turnverein Klein-Ditersleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei U. Müller in Klein-Ditersleben.

K l e i n - D i t e r s l e b e n. Arbeiter-Gesangverein „Gleichheit“. Jeden Freitag abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde beim Gastwirt U. Müller.

Männer-Turnverein Groß-Ditersleben. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde im „Goldenen Stern“.

Athleten-Klub Groß-Ditersleben. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde bei Strumpf.

Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“, Fernersleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei Lausch.

Freie Turner Beunedeubed. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde im Lokale des Herrn Hoppe.

W u r g. Freie Turnerschaft. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde in der „Guten Quelle“, Koloniestr. 19.

N e u h a d e n s l e b e n. Arbeiter-Gesangverein „Einigkeit“. Jeden Freitag abends 8 Uhr Übungsstunde bei Wihg. Herzog. In jeder Übungsstunde werden Mitglieder aufgenommen.

Sonnabend, 7. Juli:

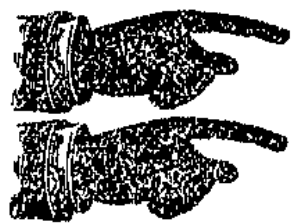
Verein zur Wahrung der Interessen der Hausierer und Gewerbetreibenden zu Magdeburg und Umgegend. Versammlung abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Vater, „Bürgerhalle“, Knochenhauerstraße 27/28.

Central-Kronen- und Sterbefasse der Deutschen Wagenbauer. Filiale Fernersleben. Generalversammlung im „Goldenen Engel“. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

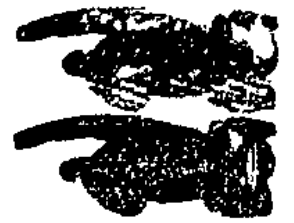
Presse-Kommission!

Freitag abend Sitzung Beginn 8 1/2 Uhr.

Nur zweimal im Jahre sich bietende Gelegenheit zu so außerordentlich billigen Einkauf.



Nur 10 Tage



bedeutende Preisermäßigung!

Um das grosse Sommerlager zu räumen, gewähre auf alle fertigen Waren

10% Rabatt.

Buckau K. Schlesinger Buckau

Reste-Ausnahme-Tage.

Auffallend grosse Preisermässigung

Nur wenige Tage.



Reste

in besonderer Abteilung.

Siegfried Cohn

Breiteweg 58.

1961

Roeder & Drabandt

Leder-Handlung

Magdeburg, Himmelreichsstraße 6/8

und Jakobsstraße 25

erbitten bei Bedarf Ihren werten Besuch.

Gratis-Verteilung

Sonnabend, den 7. d. Mts.

Zur Einführung einer neuen Kaffee-Melange werden in unseren Kaffee-Magazinen

Jakobsstraße (Ecke Tischlererkungstraße)

Neustadt, Breiteweg 118, Sudeburg, Breiteweg 52

Sonnabend, den 7. d. Mts.

100 1/2 Pfd.-Pakete Kaffee-Melange

kräftig! rein schmeckend! das Pfd. zu 80 Hfg.

gratis verteilt!

Jeder Käufer erhält 1 Paket.

Buchthal's Kaffee-Magazin.

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

Unentgeltliches Anknüpfungsbüro

Öffnungszeiten: Vormittags 9-1 Uhr, nachmittags 3 1/2-7 1/2 Uhr.

Kleine Klosterstraße 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts.

Fernsprech-Anschluss 1409.

Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts sowie kostenlose Auskunft in Sachen der Unfall-, Invaliditäts- und Krankenversicherung, Privatjahren, Armenrecht, Mietverhältnisse, Dienstboten, Lehrlings- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Stadt. Arbeitsnachweisstelle

Magdeburg. Vermittlung auch nach außerhalb.

Unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5

Fernsprech-Anschluss: Rathaus Nr. 2150-2155.

Männliche Abteilung: 8-12 Uhr vorm. und 3-6 Uhr nachm.

Weibliche 10-1 4-7

Gebührenfreie Vermittlung von männlichem und weiblichem Personal aller Art, wie Arbeiter, Hausdienern und Kurieren, Handwertern, Dienstboten, Aufwartungen und Arbeiterinnen.

Regina-Fahrräder. Goldene Medaille

Verkaufsstelle: Große Mühlstraße 9.

* Moderner gut. Kinderwagen für 8 Mk. Gr. Steinmetzstraße 16, Laden r.

* E. Schneidereinrichtung bill. z. verkaufen Sudeburg, Langeweg 59, Dieterichs.

* Vantierad, Straßenvener, früher 275, jetzt für 160 Mk. zu verk. Dismarsstraße 16, S. I. I., abends von 7 Uhr an.

* 12 Stück Fahrräder neue und gebrauchte billig Fr. Schrader, Peterstr. 12.

* Burg. Junge Kaninchen und 1 Kinderwagen z. verkaufen Magdeb. Chaussee 50



Schlachtfest

Alle Sorten fettsche Würst in und außer dem Saule. 706

W. Reuter, Klosterbergstr. 10.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküchen

Hauptwache 5 und Schmidtstr. 61.

Freitag: Brauntohl mit Salzartoffeln und Würstchen.

Sonnabend: Graupensuppe mit Hammelfleisch.

Große und Kinder-Volksküchenmarkten sind für Vereine und Herrschaften zur reellsten Unterstützung für Kollektende von 12-2 Uhr in den Volksküchen: Hauptwache 5, Neustadt, Schmidtstraße 61 zu haben.

Zum 1. Okt. f. Familie m. 5jähr. Kind ein sauberes, Mädchen Wesen gesucht. Gute Behandlung. Melb. abs. nach 8 Uhr. N. Neustadt, Abendstraße 16 a I.

Tüchtige Ofenseher finden

A. Teichmann, Blumenthalstraße.

H. Hennestr. 5 III Tr. r. möbl. Zimmer sp. Eg. * Frdl. Logis Neuhalbinslebenerstraße Nr. 13 p. p.

Versammlung

der Mitglieder des

Putzer-Vereins f. Magdebg. u. Umg.

Sonntag, den 8. Juli 1900, nachmittags 4 Uhr

im Bürgerhause, Stephansbrücke 38.

Tages-Ordnung:

Abnahme. Rechnung. Vorstandswahl. Verschiedenes.

705

Gäste haben Zutritt. Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Mitglieder-Versammlung

des Verbandes der

Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands

Bezirk Sudeburg

Sonnabend, den 7. Juli 1900, abends 8 Uhr bei Naumann, Restauration zum Deutschen Hof, Michaelstrasse.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Decker. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Verwaltung.

Kranken- u. Sterbekasse der Handwerker Burg b. M. (E. H.)

General-Versammlung

am Sonnabend, den 7. Juli cr., im großen Saale des Concerthauses (Basiglio) hier selbst, von abends 8 Uhr ab.

Tages-Ordnung:

1. Halbjährlicher Kassenabschluss.
2. Bericht der Revisoren und Entlastung des Vorstandes.
3. Sonstige Kassenangelegenheiten.

Der Vorstand

1953 Otto Walther, Vorsitzender.

Freie Religions-Gesellschaft

Der geplante Ausflug nach dem Bismarckpark findet **Sonntag, den 8. Juli**, statt. Unsere Mitglieder und Freunde bitten wir, sich mittags 1 Uhr an der Eisenbahnbrücke in der Friedrichsstadt, von wo der Abmarsch erfolgt, zu versammeln.

Nachzügler erhalten Anschluss in Pechau, Galtshof zur Eiche. 1965

Mitfahrert von Königsborn aus.

Unst. Logis f. 2 j. Leute, m. od. ohne

Kost los, Einbe allein. Schifferstr. 4, v. I.

* Frau Wille zum 33. Geburtstag ein

Lebehoch. W. u. R.

* Unst. Bruder u. Schwager P. Hendrich

die besten Glückwünsche. Ernst u. Elise.

* Unserm Paul S. (vom Wilsden) gratulieren

herzlich Die Eltern.

* Burg. Ferdin. Ruff z. j. 24. Geburtstag

u. best. Glückw. Junge, kannst Du raten?

* Onkel Eugen die herzlichste Gratulation

zum Geburtstag. M. M. W. u. A. R.

Stadtesamt.

Magdeburg, 4. Juli.

Geburten: Margarete, L. des Obergärtners Alfred Selle. Emma, L. des Schlossers Fern. Wallstab. Erich, S. des Zimmerm. Wilsch. Mathy, Friz, S. des Kaufmanns Karl Schulze. Otto, S. des Schmieds Emil Schwind.

Totgeburt: 1 S., unehelich.

Sudeburg, 4. Juli.

Geburten: Willy, S. des Arbeiters Karl Redlich. Karl, S. des Arbeiters Karl Schmidchen. Bertha, L. des Schmieds Ludwig Frey. Hermann, S. des Arbeiters Hermann Hochbaum.

Todesfälle: Arthur, S. des Lackier. Arthur Hendert, 2 M. 3 J. Friz, unehelich, 4 M. Willy, unehelich, 3 M. 20 J.

Duckau, 4. Juli.

Aufgebote: Königl. Kriminal-Polizeikommissar Paul Joachim Friedrich Jabel hier mit Henriette Auguste Marie Bergmann in Halberstadt.

Geburten: Wilhelm, S. des Restaur. Wilhelm Guth. Arthur, S. des Hilfsbreiters Otto Franke. Rudolf, S. des Tapezierers Gustav Ringner.

Todesfälle: Willi, S. des Arbeiters Wilh. Tuchen, 1 J. 6 M. 8 J.

Neustadt, 4. Juli.

Aufgebote: Kaufm. Albert Edward Gust. Schumann mit Auguste Elise Becker. Tischler Hermann Wilhelm Gustav Nilsenmann mit Wilhelmine Margarete Dorothee Schmidt.

Eheschließung: Arb. Otto Höne-mann mit Marie Vordert.

Geburten: Walter, S. des Arbeiters Gustav Meiseberg. Charlotte, L. des Klempners Otto Hiermann. Wally, S. des Schlossers Wilhelm Wetge. Lucie, L. des Barbierherren und Zahntechnikers August Heine. Frieda, L. des Fabrikarbeiters August Heg.

Todesfälle: Margarete, L. des verstorbenen Privatmanns Friedrich Hoffmann, 2 J. 7 M. 18 J. Bern. Nechn.-Mat Koch, Auguste geb. Schulz, 78 J. 5 M. 27 J. Ehefrau des Arbeiters Gustav Hempel, Luise geb. Krüger, 57 J. 7 M. 19 J.

Burg, 2. Juli.

Eheschließung: Schwm. Joachim Wilhelm Fehse in Berlin mit Marie Wilhelmine Eggert hier.

Geburten: Sohn des Tischlers Wilhelm Schumann. Sohn des Tischlers Gustav Stollberg. Sohn des Schlachthofarbeiters Rosinus Schreiber. Sohn des Schuhmachers Lebrecht Bödelmann. Sohn des Handschuhmachers Reinhold Pische.

Ein Sohn, unehelich. Tochter des Kaufm. Ernst Schröder. Tochter des Buchdruckers Gustav Reimann.

Todesfälle: Else, L. des Arbeiters Otto Döbber, 21 J. Willy Hamann, 2 M. 17 J. Ehefrau des Privatmanns Albert Gerde, Friederike, geb. Sprid, 82 J. 9 M. 5 J. Arbeiter Heinrich Redlich, 83 J. 15 J. Frieda, Tochter des Zwickers Gust. Hoffert.

Bom 3. Juli.

Aufgebote: Schlossermeister Ernst Hugo Lege mit Hedwig Dittke Großmann. Geburten: Sohn des Arb. Anton Schäfer. Tochter des Arbeiters Josef Szymanski.

Todesfälle: August Böcker, 6 M

Cirkus-

1718 Sommer-Theater.

Heute Freitag:

Gr. außerordentl. Vorstellung.

Rockmattiger Ringkampf nach amerikanischer Art zwischen dem Amerikaner

Louis und Georg Jurich.

Ehren-Abend für Georg Jurich.

Erklärung des Wirt. Louis.

Ich weiß ganz genau, daß Herr Jurich am Mittwoch von mir nicht besiegt war, sondern nur auf einer Schulter lag, genau so wie meine Wenigkeit am vorigen Sonnabend.

Der Unterschied war nur der, mich erklärte das Publikum für besiegt, während Herr Jurich, der am Mittwoch ebenso den Boden berührte wie ich, schließlich noch, als ich nicht weiter ringen wollte, als Sieger proklamiert wurde.

Georg Jurich erklärt:

Ich ringe heute noch einmal mit Ihnen, um an meinem Ehrenabend einen würdigen Gegner zu haben, bemerke jedoch, wenn Sie binnen 15 Minuten nicht von mir besiegt sind, ich den Kampf als unentschieden abbreche.

Keine erhöhten Eintrittspreise.

Viktoria-Theater.

Freitag, den 6. Juli 1900.

Benefiz für Frau Amalie König-Gänseleier.

Ruffspiel in 5 Akten nach dem gleichnamigen Roman v. Kathaly v. Gischruth.

Sonnabend, den 7. Juli 1900.

Erstes Gastspiel des Herrn Karl William Müller.

Der Raub der Sabinerinnen.

Schwank in 4 Akten von Franz u. Paul v. Schönthan.

Emanuel Stieje - Karl William Müller.

Mittwoch früh 4 1/4 Uhr starb plötzlich und unerwartet meine herzengute Frau, unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter 705

Frau Louise Hempel geb. Krüger im 58. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetrübt an mit der Bitte um stille Teilnahme Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Freitag 5 Uhr v. Trauerhause Weinberg 1c aus statt.

* Berp. W. Froch ich grat. z. Wiegenfeste u. geb. b. d. Abrechnung ans Beste. R. S. * Berpätet. F. Grundmann z. 48. Wiegenf. m. derj. d. Aller. Wer könnt es sein?

Der Bauarbeiterschutz in der Magdeburgischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft und in der Provinz Sachsen.

III.

Der stützlich-sanitäre Schutz bei den Bauten.

Wenn die Politiker der bürgerlichen Parteien es für nötig halten, „auf die Verrohung der Massen“ hinzuweisen, um die Durchführung mittelalterlicher Strafmethoden zu rechtfertigen, so zeigen hier die Moralbegriffe ein gefährliches Durcheinander, worin die Wirkung als Ursache erscheinen muß. Die Gesetzesmacherei des „lex Feinge“-Entwurfes, wo mit den Schlagwörtern wie „Sitte, Anstand und Scham“ so verlegend auf den gesunden Menschenverstand gewirkt wurde, haben uns einen Einblick in das unheimliche Treiben derjenigen Leute gegeben, die das Volk über gewisse korumpierende Zustände hinwegtäuschen wollen. Auch den Arbeitern des Baugewerbes ist der Vorwurf der „Roheit“ und sonstiger anderer Dinge — nicht erspart geblieben. Hat man sich doch nicht geschaut, die Unfallziffern des Baugewerbes aus einer besonders hierzu konstruierten Ursache die „Genußsucht und des Alkoholkonsums“ der baugewerblichen Arbeiter abzuleiten. Mit wahrhaft diabolischer Berechnung suchte man hier die Argumente zusammen zu tragen, um die Forderungen der Arbeiter abzuschwächen. Wie die Unternehmer sich an den Unblick der ausgehängten Unfallverhütungsvorschriften gewöhnen, ohne von ihrem Gewissen gemahnt zu werden, die Vorschriften im Interesse des Arbeiterschutzes durchzuführen, ebenso hat „die Macht der Gewohnheit“ für die Arbeiter die Wirkung, sie gegen die sie fortgesetzt umgebende Gefahr abzustumpfen. Der Stumpf sinn und die Gleichgültigkeit eines nicht unbedeutenden Teiles der baugewerblichen Arbeiter, findet aber seine weitere Ursache in dem Mangel von hinreichenden Löhnen und anderen günstigen Arbeitsbedingungen, wie eine nach der physischen Leistungsfähigkeit geregelten Arbeitszeit. Gute Löhne, die eine hinreichende Ernährung ermöglichen, in Verbindung mit einer Arbeitszeit die im Hinblick auf den Umstand, daß ein Teil der baugewerblichen Arbeiter in den Vororten der Städte wohnen müssen, niemals über 8 Stunden betragen sollte, werden weiter dafür sorgen, die Menschenwürde und das Selbstbewußtsein bei den Arbeitern zu erhöhen. Unstreitig resultiert sich hieraus die Möglichkeit mit Kraft, Umsicht und Besonnenheit den vielseitigen Gefahren welchen diese Arbeiter ausgesetzt sind, entgegen treten zu können. Kartoffelfutter, Sibirienbrühe, dazu Brod mit minderwertigen Schweinefett und wenig oder gar kein Fleisch, diese Ernährung in Verbindung mit den miserablen Wohnungsverhältnissen, das alles kann eine Berufs-kategorie erzeugen, die für die wenigen und auch zahlreichen — Feiertagen, Lebensfreuden nur durch den Genuß von Alkohol zu erreichen sucht. Deshalb ist auch das, was die Organe der Unternehmer über die Unfälle an den Montagen berichten und ihre Schlussfolgerungen daraus nicht richtig. Abgesehen davon, daß die Feiertagsstunden ihrem Zwecke gemäß, dazu benutzt werden sollen, den Arbeiter von der physischen und geistigen Knechtschaft der Arbeit zu befreien und zur Freude des Daseins zu erheben, selbst auf die Gefahr hin, daß es ihnen für die ersten Stunden des folgenden Arbeitstages nicht so leicht wird, sich an den mechanischen Griffen zu gewöhnen, — so wird doch der gesunde und willensstarke Arbeiter, sich stets seiner Aufgabe gewachsen zeigen.

Wenn die Baugewerks-Zeitung in der Nr. 16 d. Jahres schreibt: „Die große Unfallhäufigkeit am Montag scheint dafür zu sprechen, daß der voraus gegangene Sonntag mit seinem oft übermäßigen Genuß geistiger Getränke und sonstigen Zerstreuungen nicht ohne ungünstigen Folgen für die Montagsarbeit ist, während die hohe Belastung des Sonnabends auf die Ermüdung der Arbeiter gegen das Ende der Woche zurückzuführen sein dürfte.“ Wir wissen sehr gut, daß die politischen Repräsentanten des jüngstvergangenen Bauunternehmertums, gewisse sozialpsychologische Vorgänge nicht begreifen können, — vielleicht auch nicht wollen; jedoch hier ist zuerst die Frage aufzuwerfen: „ob die Sonntagsruhe bei der durchweg zu langen Arbeitszeit im Baugewerbe und mit der entschieden zu hoch geforderten Arbeitsleistung, überhaupt genügt, um der abgepannten Muskulatur des Arbeiters dadurch die Sicherheit wieder zu geben, die am Ende der Woche (Sonnabend) verloren gegangen ist;“ wir erlauben uns dieses zu bezweifeln. — Hieraus erklärt sich auch, warum die bescheidenen Sonntagsfreuden vielen Arbeitern am Montag zum Unglück ausfallen müssen. Wie viele Arbeiter sind am Sonntag gezwungen, ihre in den Fabriken und sonst gegen Lohn beschäftigten Frauen bei den häuslichen Arbeiten zu unterstützen, oder die Kartoffel- und Kohlfelder zu bearbeiten? Von Sonntagsruhe kann in diesen Fällen überhaupt nicht die Rede sein. Für die Sonntagsfreuden der Arbeiter ist eine nicht unbedeutende Zahl von Unternehmern nicht zu haben, die Sonntagsfreude der Arbeiter soll in der Ruhe, gleich den Lastpferden bestehen, die dann am Montag um so leistungsfähiger sind.

Was den „übermäßigen Genuß geistiger Getränke“ anbelangt, so ist man in den Unternehmertreibern wohl viel besser unterrichtet, wie diese Bällerei körperliches Unbehagen und Unsicherheit erzeugt. Wenn überhaupt von einer „Verrohung“ bei den Arbeitern die Rede sein kann, so ist es vorzugsweise das Unternehmertum, welches dafür verantwortlich zu machen ist, dadurch, daß die Unternehmer es sind, die fortgesetzt der Entwicklung der Organisation der baugewerblichen Arbeiter die größtmöglichen Schwierigkeiten bereiten und so den geistigen und physischen Regenerationsprozeß aufhalten. Wie so sehr wahr das Lebtatgesagte, beweisen die stützlich-sanitären Zustände bei den Bauten.

A. Die Baubuden.

Von Beginn des Jahres 1869 an verlangen die baugewerblichen Arbeiter den natürlich berechtigten Schutz gegen die Witterungseinflüsse und einen Aufenthaltsraum für die Arbeitspausen. Die Forderung, deren Träger vorzugsweise die Organisationen der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter waren, ist ein echtes Kind der gewerkschaftlichen Bewegung. Kein Staatsmann, kein hervorragender medizinischer Gelehrter und auch kein Philanthrop der bürgerlichen Gesellschaft — am allerwenigsten die Unternehmer — haben hier wohlthunend eingewirkt. Für die größere Zahl der Unternehmer ist diese Forderung zur Zeit noch eine anmaßende Begehrlichkeit der Arbeiter, und den regierenden Kreisen mußte die Notwendigkeit einer dahingehenden Reform, nach einer jahrelangen und umfangreichen Argumentation, abgerungen werden. Was man den Arbeitern der Industrie, des Bergbaues und der Landwirtschaft gewährte, blieb bis vor wenigen Jahren den baugewerblichen Arbeitern versagt. Die Verhältnisse haben sich geändert, auch diese Berufsarbeiter haben jetzt ein Recht an den Bestimmungen der §§ 120 b und 120 d der Reichs-Gewerbeordnung. Der § 120 b bestimmt:

„Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, diejenigen Einrichtungen zu unterhalten, und diejenigen Vorschriften über das Verhalten der Arbeiter im Betriebe zu erlassen, welche erforderlich sind, um die Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes zu sichern.“

Abf. 3: „In Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiter sich umkleiden und nach der Arbeit sich reinigen, müssen ausreichend nach Geschlechtern getrennte Ankleideräume und Waschräume vorhanden sein.“ Abf. 4: Die Bedürfnisanstalten müssen so eingerichtet sein, daß sie für die Zahl der Arbeiter ausreichen, daß den Anforderungen der Gesundheitspflege entsprochen wird, und daß ihre Benutzung ohne Verletzung von Sitte und Anstand erfolgen kann.“

§ 120 d: „Die zuständigen Polizeibehörden sind befugt, im Wege der Verfügung für einzelne Anlagen die Ausführung derjenigen Maßnahmen anzuordnen, welche zur Durchführung der §§ 120 a bis 120 i enthaltenen Grundzüge erforderlich sind und nach der Beschaffenheit der Anlagen ausführbar erscheinen. Sie können anordnen, daß den Arbeitern zur Einnahme von Mahlzeiten außerhalb der Arbeitsräume angemessene, in der kalten Jahreszeit geheizte Räume zur Verfügung gestellt werden.“

Die Polizeibehörden sind befugt, sie können den Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter fördern. Den baugewerblichen Arbeitern ist die Wohlthat dieser Befugnisse nur in sehr geringem Maße zu teil geworden. Bei den 586 kontrollierten Bauten in der Provinz Sachsen waren 527 Baubuden. Bei den Baubuden kommt es gemäß den Bestimmungen des Gesetzes und dem Zwecke angemessen, auf die Beschaffenheit dieser Einrichtungen an. Bei der Auffassung der Unternehmer, daß die Baubuden und Aborte eine überflüssige finanzielle Belastung des Baues sind, bilden diese Einrichtungen oft ein wahres Monstrum der Bautechnik. So wird aus allen Orten der Provinz darüber geklagt, daß die Baubuden keine dichten Seitenwände haben, also der Wind und Regen von allen Ecken hinein pfeifen kann. Die Dächer sind unbedeckt und gewähren gegen die Sonnenstrahlen vielleicht einen Schutz, aber nicht gegen den Regen und bei dem Mangel eines Fußbodens kann man sich in den regnerischen Tagen den Aufenthalt in diesen Schlammräumen vorstellen. Durch die Energie der Arbeiter ist in einer geringen Zahl von Orten hierin eine Besserung eingetreten.

Fenster, und daß dieselben im Interesse der Reinlichkeit zum Öffnen eingerichtet sein müssen, sind den Unternehmern unbegriffene Dinge. Der fortgeschrittene Viehzüchter sorgt sogar für Luft und Licht in seinen Ställen, für die größere Zahl der Baubuden ist das ausgeschlossen. Dazu kommt, daß in den Baubuden oft noch Baumaterial gelagert wird und bei dem Mangel an Sitzgelegenheit und Tischen sind die Arbeiter dann gezwungen, bei dem Einnehmen ihrer Mahlzeiten in den Ecken herum zu hocken. Aber die Denkungsart des Bauunternehmertums in der Provinz Sachsen charakterisiert die Beantwortung der Fragen: „Ist in den Baubuden eine Anweisung für die erste Hilfeleistung bei Unfällen ausgehängt?“ und „Befindet sich in den Baubuden ein Kasten mit Verbandsmaterial für die erste Hilfeleistung?“ — In Erfurt waren von 69 Bauten bei 31 und in Harb bei allen Bauten diese Anweisungen ausgehängt, sämtliche Kontrollen der übrigen Orte beantworten diese Frage mit Nein. — Von den hier in Frage kommenden 586 Bauten wurde bei 136 der Verbandskasten konstatiert, bei 450 Bauten nicht. Von den 136 Bauten war in Magdeburg nur bei 28 Bauten diese notwendige Hilfeleistung vorhanden. Nehulich liegen die Dinge in den übrigen Orten, wo der Verbandskasten so vereinzelt festgestellt worden ist. — Der Gipfelpunkt aller Rücksichtslosigkeit dieses Unternehmertums bricht sich darin aus, daß diese sich oft nicht genieren, die Aborte an die Baubuden anzubauen zu lassen, und so dem Arbeiter seine Mahlzeiten und den Aufenthalt in diesen Räumen vereteln.

Feuilleton.

Auferstehung.

Von Graf Leo N. Tolstoi.

(8. Fortsetzung.)

Auf Befragen des Untersuchungsrichters erklärte die Jzubka, der Kaufmann Smjeltoff habe sie aus dem Freudenhaus in das Hotelzimmer geschickt, das er in der „Mauritianta“ bewohnt, um dort Geld zu holen; sie habe den Koffer des Kaufmanns mit dem Schlüssel geöffnet, den er ihr gegeben, und daraus, wie er es ihr gesagt, 40 Rubel genommen. Sie hat erklärt, kein anderes Geld genommen zu haben, was Simon Karthymkin und Euphemia Wotschkoff, in deren Gegenwart sie den Koffer geöffnet und wieder geschlossen, bezeugen könnten.

Was die Vergiftung Smjeltoffs betraf, so hat die Jzubka erzählt, daß sie tatsächlich, als sie zum zweitenmal in das Zimmer des Kaufmanns Smjeltoff zurückgekommen war, demselben in ein Glas Cognac, das er trinken sollte, ein Pulver geschüttet habe, das ihr Simon Karthymkin gegeben; sie habe aber geglaubt, dieses Pulver wäre ein einfaches Schlafmittel und sie habe es hineingeschüttet, damit der Kaufmann einschlafe und sie schnell ihrer Wege gehen lasse. Sie hatte hinzugefügt, sie habe kein Geld genommen, Smjeltoff hätte ihr den Ring selbst gegeben, nachdem er sie geschlagen, um sie am Fortgehen zu hindern.

Auf Befragen des Untersuchungsrichters haben die Angeklagten, Euphemia Wotschkoff und Simon Karthymkin folgendes ausgesagt:

Euphemia Wotschkoff hat erklärt, sie wisse absolut nichts von dem Verschwinden des Geldes, hätte das Zimmer des Kaufmanns nicht betreten, und nur die Jzubka hätte dasselbe betreten. Sie hat behauptet, wenn eine Summe Geldes dem Kaufmann entwendet worden wäre, so hätte sie die Jzubka fortgenommen, denn diese wäre mit dem Schlüssel des Koffers ins Zimmer gekommen. (Bei dieser Stelle der

Anklage zuckte die Maslow zusammen und wandte sich, indem sie den Mund öffnete, als wolle sie einen Schrei ausstoßen, nach der Wotschkoff um.) Nach dem Ursprung der bei der Bank deponierten 1800 Rubel befragt, hat sie erklärt, dieses Geld habe sie und Simon, mit dem sie sich verheiratet wollte, im Laufe von zwölf Jahren erspart.

Simon Karthymkin hat zuerst gestanden, daß er im Einverständnis mit der Wotschkoff und auf Anstiften der Maslow, der der Kaufmann den Schlüssel zu seinem Koffer gegeben, eine große Summe Geldes gestohlen, die zwischen ihm, der Maslow und der Wotschkoff geteilt worden war; er hat auch gestanden, daß er der Maslow schliefere. Doch in dem zweiten Verhör hat er jede Teilnahme an dem Diebstahl des Geldes wie an der Uebergabe des Pulvers abgeleugnet und die ganze Schuld der Maslow zugeschrieben. Nach dem von der Wotschkoff bei der Bank eingezahlten Gelde befragt, hat auch er geantwortet, dieses Geld hätten sie gemeinsam in zwölfjährigem Dienste verdient, es wäre das Produkt der ihnen von den Gästen gespendeten Trinkgelder.

Die Autopsie der Leiche des Kaufmanns Smjeltoff, die dem Gesetz entsprechend vorgenommen worden, hat das Vorhandensein einer gewissen Quantität Gift in den Eingeweiden ergeben.

Es folgten dann in dem Anklageakte der Bericht über die Konfrontationen, die Zeugenaussagen usw. und die Anklage endete wie folgt:

Infolgedessen werden Simon Karthymkin, Bauer, 34 Jahre alt; Euphemia Wotschkoff, 43 Jahre alt, und Katharina Michaelowna Maslow, 27 Jahre alt, angeklagt, am 16. Oktober 1888 dem Kaufmann Smjeltoff eine Summe von 2500 Rubeln gemeinsam gestohlen und besagtem Smjeltoff, um die Spuren ihres Diebstahls zu tilgen, Gift eingegeben zu haben, woraus der Tod desselben erfolgte.

Diese Vergehen sind im Artikel 1455 des Strafgesetzbuches vorgesehen; infolgedessen werden Simon Karthymkin, Euphemia Wotschkoff und Katharina Maslow vor das Verurteilungsgericht unter Hinzuziehung von Geschworenen gestellt.

Als der Aktuar die Vorlesung beendet, ordnete er die Mäntel des eben verlesenen Aktes, setzte sich und strich mit beiden Händen über seine langen schwarzen Haare. Alle Anwesenden stießen einen Seufzer der Erleichterung aus; und jeder hatte die angenehme Empfindung, die Verhandlung wäre nunmehr eröffnet, alles würde gleich aufgelklärt und der Gerechtigkeit Genüge getan werden. Nur Rechludoff hatte nicht dieses Gefühl; er dachte mit Entsetzen an das Verbrechen, das die Maslow, die er vor zehn Jahren als unschuldig gekannt, hatte begehen können.

Als die Verlesung der Anklage beendet war, wandte sich der Präsident, nachdem er die Ansicht seiner Kollegen eingeholt, zu Karthymkin mit einem Gesicht, als wenn er sagen wollte: „Jetzt werden wir alles ganz genau bis in die kleinsten Einzelheiten erfahren.“

„Simon Karthymkin!“ sagte er, sich nach links neigend. Simon Karthymkin stand auf, schob die Ärmel seines Mantels in die Höhe und trat vor, ohne das Bewegen der Lippen einzustellen.

„Sie sind angeklagt, dem Kaufmann Smjeltoff am 16. Oktober 1888, im Einverständnis mit Euphemia Wotschkoff und Katharina Maslow eine ihm gehörige Summe Geldes gestohlen, sich dann Arsenit verschafft und Katharina Maslow veranlaßt zu haben, dasselbe in das Getränk des Kaufmanns Smjeltoff zu gießen, was sie getan hat und was den Tod desselben zur Folge hatte.“

„Sie bekennen sich schuldig?“ schloß der Präsident, sich nach rechts neigend.

„Das ist unmöglich, denn unser Beruf . . .“

„Das werden Sie später erklären. Sie bekennen sich schuldig?“

„Das ist unmöglich; ich habe nur . . .“

„Das werden Sie uns später erklären. Sie bekennen sich schuldig?“ wiederholte der Präsident mit ruhiger, doch strenger Stimme.

„Das ist unmöglich, weil . . .“

Die Baubude ist nicht nur ein Aufenthaltsraum für die Arbeiter, sondern sie hat auch eine sanitäre Bedeutung; in diesem Räume soll dem Bauverunglückten Arbeiter die erste Hilfe zu teil werden. Die Baubude steht also im engen Zusammenhang mit dem Heilverfahren, den Krankenkassen und den Berufsgenossenschaften. Auf den Schutthaufen kann man den Unglücklichen zur ersten Verbandverlegung doch nicht niederlegen. Deshalb muß die Baubude bis zur vollständigen Fertigstellung des Baues stehen bleiben und zum Aufenthalt für sämtliche Arbeiter eingerichtet sein. Die größte Heiligkeit in diesen Räumen ist im Interesse der Arbeiter und der Gesamtbevölkerung dringend geboten, hierzu verlangen wir Waschgeschirre und Speigelschöpfe — die letzteren sollen mit Wasser gefüllt sein. Die Waschgeschirre und -Segele sind für die Arbeiter namentlich an den Sommer Tagen, für die auf den Müstungen beim Abbruch Beschäftigten, aber auch die Arbeiter, die bei den Eisenkonstruktionsbauten, die mit Zink, Kupfer, Bleirohren und Bleifarben umgehen, wie die Maler usw., notwendig. Aus Weissenfels wird berichtet, daß die Unternehmer diese Aufenthaltsräume in den feuchten Kellerräumen der Bauten einrichten, diese Handlungsweise ist geradezu empörend, da, wie bekannt, ein großer Teil der baugewerblichen Arbeiter sehr leicht zum Rheumatismus und Erkrankungen der Atmungsorgane hinneigt.

B. Die Aborte.

Ueber die bringende Notwendigkeit dieser Einrichtungen braucht wohl hier nichts ausgeführt zu werden. Bei den 586 Bauten waren 553 Abortanlagen. Aber welche Beschaffenheit zeigten diese und was muß sich die baugewerbliche Arbeiterschaft hier bieten lassen!

Ein großer Teil dieser Anlagen ermüdet, daß man von außen hinein sehen kann, nur die Orte Warby und Magdeburg machen teilweise eine Ausnahme. Wenn überhaupt eine Bedachung bei den Aborten vorhanden, so ist dieselbe nicht wasserdicht. Fußboden, Sitzbrillen, Desinfektion und Reinlichkeit sind bei diesen vorfindlichen Einrichtungen unbekanntes Ding. Die beliebtesten Bauformen sind: Grube oder Tonne mit Ladensitz, umgeben mit einem Bretterzaun. Welche Verhältnisse und Gefahren sich so in den Sommer Tagen für die Arbeiter und die Gesamtbevölkerung ergeben müssen, ist von uns in der Öffentlichkeit wiederholt ausgeführt worden. Eine andere für die Gesundheit der Arbeiter und der Bevölkerung wichtige Forderung drückt sich in der Frage: „Sind in den einzelnen Etagen der Bauten Urin- oder aufgestellt oder Pissoirs angelegt?“ aus. Wer von den Verhältnissen im Bau nur flüchtig unterrichtet ist, wird wissen, daß es den wirtschaftlich abhängigen Arbeiter nicht möglich ist, zur Befriedigung seiner leichteren Bedürfnisse, wenn er in den oberen Etagen des Baues beschäftigt ist, den Hofraum aufzusuchen. Die Folge davon ist, daß die dunklen Winkel, die Ausfüllungen der Balkenlagen, die Speisekammern und die Bodenträume z. verunreinigt und verfaulend werden. Die Durchführung einer dahingehenden gesetzlichen Maßnahme, daß in jeder Etage des Baues Urin- oder aufgestellt werden, wie dieses vereinzelt in den Luxusbauten von Seiten der Unternehmer schon geschieht, würde eine Ursache zur Begünstigung von Krankheit und Ungeziefer beseitigen.

Für Reform der Baubuden- und Abortfrage hat der Minister v. d. Neefe am 7. Juli 1899 eine Verordnung „Grundzüge für Lokalbauordnungen, die Arbeiterfürsorge betreffend“ erlassen, die unseren Forderungen ziemlich nahe kommt. Diese Verordnung verliert aber insofern an Wert, weil es dem freien Ermessen der Regierungs-, Gemeinde- und Ortsbehörden überlassen bleibt, ob sie die Bauordnungen und Arbeiterschutzbestimmungen reformieren wollen. Einzelne Regierungs- und Ortsbehörden haben davon Gebrauch gemacht, so in der Provinz Sachsen die Stadt Neu- halbenleben; auch die Polizeibehörde der Stadt Magdeburg soll, soweit wir unterrichtet sind, den vernachlässigten Arbeiterschutz der Ortsbestimmungen dahingehend umgestalten

wollen. Wenn der eine Teil dieser Verordnung als ein Fortschritt zu begrüßen ist, so ist aber der andere Teil, der die sanitären Verhältnisse der Winterbauten reformieren will, entschieden ein Rückschritt; es betrifft dieses die sogenannte Fenster- und Coakskorbfrage.

C. Der Arbeiterschutz in den Winterbauten.

Bei der Frage des Arbeiterschutzes waren bis vor einigen Jahren die Interessen der Arbeiter, die auf den äußeren Müstungen und bei dem Rohbau beschäftigt, mehr in den Vordergrund getreten, um die Arbeiter des Innenbaues kümmerte sich niemand; es handelte sich hier um die Bauarbeiter, Mauerwerk, Gas- und Wasserarbeiter, Maler, Ofenseher und Puger. Eine nicht unbedeutende Zahl dieser Berufsarbeiter zeigte für das heiligste Gut des Menschen: Gesundheit und Leben eine Gleichgültigkeit, die den weniger Eingeweihten unbegreiflich erscheint. Eine Folge davon war das Nichtberücksichtigen eines dahingehenden Schutzes in den Unfallverhütungsvorschriften der Baugewerks-Berufsgenossenschaften und der polizeilichen Vorbeugungsmaßnahmen. Die Unfallgefahr fängt bei einem Teil dieser baugewerblichen Arbeiter erst beim Hals- und Weinebrechen an. Hieraus resultiert sich auch die geringe Neigung, etwas für ihre Sache nach jeder Richtung zu thun. — Die Zahl derjenigen Arbeiter im Baugewerbe, die durch Berufskrankheiten wie: Lungen- und Nierenkrankheiten, Rheumatismus und Magen- und Darmkrankheiten leiden müssen und im besten Mannesalter dahingerafft werden, ist zahlenmäßig viel größer, als wie die, die durch die sogenannten „plötzlichen Unfälle“ im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes zu verzeichnen sind.

Die Centralkommission hat durch ihre Anregungen veranlaßt, daß zum erstenmal in Deutschland nach einem einheitlichen Fragebogen diesen Mischständen im größeren Umfang näher getreten wurde. In der Provinz Sachsen sind in dem schon angegebenen Zeitraum von 1899 und 1900 in den Orten Magdeburg, Stendal, Neuhalbenleben, Halle a. S., Schönebeck, Nordhausen, Warby, Weissenfels, Halberstadt, Burg b. M. und Erfurt in 281 Winterbauten dahingehende Erhebungen durchgeführt. In den Vordergrund dieser Mischstände tritt die Fenster- und Coakskorbfrage.

Die Fensterfrage bedeutet den Schutz der Arbeiter, die in dem Innenbau beschäftigt sind, gegen die Witterungseinflüsse der Winterjahreszeit dadurch, daß der Bau vom 1. Oktober bis 1. April gedichtet wird; hierzu ist die Beantwortung der Frage 1 des diesbezüglichen Fragebogens interessant: Ist von Seiten der Landes-, Provinzial- oder Ortsbehörde für die Winterbauten eine für den Arbeiterschutz in Frage kommende Verordnung erlassen, insbesondere Beziehung zu der Regelung der sog. Fensterfrage. — Die Kontrollberichte aus sämtlichen Orten beantworten diese Frage mit Nein. In Neuhalbenleben ist im Monat Mai eine Verordnung erlassen worden, die sich auf die schon angeführte Ministerial-Verordnung stützt, wonach vom 15. November bis zum 15. März der Bau gegen die äußeren Witterungseinflüsse gedichtet sein soll. Für eine derartige gesetzliche Regelung bedanken sich die Arbeiter; denn dadurch werden ihnen von ihrer Forderung um Schutz, der 6 Monate dauern soll, 2 Monate abgezogen. Diese ministerielle Regelung liegt mehr im Interesse der Unternehmer, die denn in der gesetzlichen Schutzzeitdauer so wie so ihre Bauten gegen die Einwirkungen des Frostes sichern müssen.

Kommt zum Erwärmen oder Trockenheizen der Winterbauten das offene Coakfeuer ohne Rauch- und Dunstabzug (der Coakskorb) noch zur Anwendung? Diese Frage wird von Magdeburg, Halle, Schönebeck, Nordhausen und Halberstadt mit Ja beantwortet. Bei dieser Frage handelt es sich um die Möglichkeit der Vergiftung durch Kohlenoxydgas. Die vorangeführte Ministerial-Verordnung, die auch hier regeln eingreifen will, schränkt die Anwendung des offenen Coakfeuers in den Bauten nur ein, eine praktische Wirkung für den Arbeiterschutz ist ihr deshalb nicht beizumessen. Wir

verlangen für Gesundheit und Leben der baugewerblichen Arbeiter die vollständige Beseitigung des offenen Coakfeuers aus den Bauten, weil wir wissen, daß diese mörderische Trockenheizmethode, die auch vom bautechnischen Standpunkt zu verwerfen ist, durch ein jedes andere Verfahren ersetzt werden kann. Den Arbeitern des Innenbaues aber wäre bei der oft sehr jämmerlichen Beschaffenheit ihrer Gerüste, Leitern usw. noch zu empfehlen, an die Regierungen und Behörden die Forderungen auf gesetzliche Abhilfe zu stellen, mit dem Hinweis, daß ein nicht unbedeutender Teil der zünftlerischen Kleinunternehmer im Baugewerbe oft gar kein eigenes Gerüstmateriale haben.

Ueber die Aufzugs-Utenilien, wie Krähne, Winden, Ketten, Hans- und Drahtseile, wird bezüglich ihrer Beschaffenheit wenig in den Berichten ausgeführt, und doch ist diese Frage für uns wichtig. Die Mangelhaftigkeit dieser Einrichtungen und Utenilien kann, wie die Erfahrung lehrt, viel Unglück herbeiführen. Deshalb ist es dringend geboten, von Seiten des Staates Gesetze zu verlangen, die bestimmen, daß diese Utenilien bei ihrer Anwendung im Bau wiederholt einer behördlichen Prüfung in Bezug ihrer Belastung und Tragfähigkeit unterzogen werden.

Nach all dem Dargelegten ist es Pflicht der baugewerblichen Arbeiter in der Provinz Sachsen, die allgemeine Bewegung der Arbeiter des Baugewerbes in Preußen zur Erreichung eines wahrhaft gesetzlichen Schutzes zu unterstützen und unbeirrt, fest und entschlossen, für dieses große Ziel ihre Kräfte einzusetzen. Die Erfolge aber hängen nicht von Worten, sondern von unseren willensstarken Handlungen ab und die Welt urteilt nach dem Erfolg. —

Soziale Bewegung.

Die Lohnbewegung der Kölner Bäckergehilfen hat ergebnislos geendet. Die Leiter haben sich große Mühe gegeben und eine ganze Reihe Versammlungen veranstaltet, um die Gesellen zum Eintritt in den Deutschen Bäckerverband zu veranlassen. Aber es ist nicht gelungen, mehr als etwa den vierten Teil zu organisieren. —

Zur Lage der Straßenbahn-Angestellten. Die Straßenbahn-Angestellten in Düsseldorf haben beschloffen, durch eine in einer Straßenbahner-Versammlung gewählte Kommission mit der Verwaltung in eine Unterhandlung einzutreten, um eine Aufbesserung ihrer Gehälter durchzusetzen. — Den Pferdebahn-Angestellten in Posen ist vom Aufsichtsrat eine Gehaltssteigerung zugebilligt worden.

Zur Stellungnahme der katholischen Arbeitervereine zu den Krankenkassen. Von Herrn Arbeiterssekretär Giesberts geht dem Vorwärts folgende Zuschrift zu, die wir ebenfalls zum Abdruck bringen, da wir den Bericht des Vorwärts wiedergegeben hatten:

In Nr. 149 vom 30. Juni Ihres Blattes heißt es in einem Bericht über die Stellung des Delegiertentags der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln zu den Krankenkassen, nachdem die auf demselben angenommene Resolution abgedruckt ist: „Dann wurde aber beschloffen, dafür einzutreten, daß nach dem Vorschlag des Geheimen Rats Hoffmann in Berlin die Arbeiter in Zukunft nur zur Hälfte in den Vorstand und der Generalversammlung vertreten sein dürften. Die Arbeitgeber hätten unbedingt die Hälfte der Mitglieder des Vorstands und der Generalversammlung für sich zu beanspruchen.“

Diese Darstellung ist grundfalsch. Auf dem betreffenden Delegiertentage ist kein einziger Redner für die Vorschläge des geheimen Rats Hoffmann in der oben citierten Form eingetreten. Sämtliche Redner sowie auch Unterzeichner in seinem Referate haben sich entschieden für strikte Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung der Krankenkassen und der Zweidrittel-Mehrheit der Arbeitervertreter in den Vorständen ausgesprochen. Ein anderer Be-

Wieder wandte sich der Kaminus nach Simon Karthymkin um und unterbrach ihn mit einem tragischen „Stille!“ Der Präsident nahm mit einem Gesicht, welches besagte, dieser Teil der Sache wäre beendet, seinen Ellenbogen vom Tische und wandte sich zu Euphemia Botchkoff:

„Euphemia Botchkoff, Sie sind beschuldigt, dem Kaufmann Smjelkoff am 16. Oktober 1888 eine Summe Geldes, sowie einen Ring aus seinem Koffer gestohlen zu haben; Sie haben dann, nachdem Sie das Produkt des Diebstahls unter sich geteilt, dem Kaufmann Smjelkoff Urtenik eingegeben, woran er gestorben ist. Sie bekennen sich schuldig?“

„Ich bin vollständig unschuldig,“ versetzte die Angeklagte mit harter und kecker Stimme. „Ich habe sogar nicht einmal das Zimmer betreten, und sie hat sicherlich alles allein gethan.“

„Das werden Sie uns später erzählen,“ sagte der Präsident von neuem mit seiner ruhigen und festen Stimme. „Sie bekennen sich also nicht schuldig?“

„Ich habe kein Geld genommen, habe kein Gift eingegeben und das Zimmer gar nicht betreten! Hätte ich es betreten, so hätte ich die da hinausgeworfen.“

„Sie bekennen sich nicht schuldig?“

„Nein!“

„Gut!“

„Katharina Maslow,“ sagte der Präsident jetzt, sich zu der anderen Angeklagten wendend, „Sie sind angeklagt, ein Zimmer des Hotels Mauritania mit dem Kofferschlüssel des Kaufmanns Smjelkoff betreten, aus diesem Koffer Geld und einen Ring gestohlen zu haben.“

Der Präsident unterbrach sich in seiner Phrase, um auf die Worte zu hören, die ihm der Richter zur Linken ins Ohr sagte; derselbe machte ihn darauf aufmerksam, daß eins der Beweisstücke, die auf der Liste notiert waren, ein Fläschchen, auf dem Tische fehlte. „Wir werden das gleich sehen,“ murmelte der Präsident zur Antwort und setzte dann seine Phrase wie eine auswendig gelernte Lektion fort:

„... Aus diesem Koffer einen Ring und Geld gestohlen und das Produkt des Diebstahls mit ihren beiden Komplizen geteilt zu haben; Sie sind mit dem Kaufmann Smjelkoff in das Hotel zurückgekehrt und haben ihm vergifteten Brantwein zu trinken gegeben. Bekennen Sie sich schuldig?“

„Ich bin unschuldig,“ versetzte die Angeklagte sofort. „Wie ich von Anfang an gesprochen, so spreche ich noch jetzt: ich habe nichts genommen, nichts, nichts, gar nichts! Den Ring hat er mir selbst geschenkt!“

„Sie bekennen sich nicht schuldig, die 2600 Rubel genommen zu haben?“ fragte der Präsident.

„Ich habe nichts weiter genommen als die 40 Rubel!“

„Und Sie bekennen sich auch nicht schuldig, das Pulver in das Glas des Kaufmanns Smjelkoff geschüttet zu haben?“

„Doch, das gestehe ich ein. Aber ich dachte, dieses Pulver wäre, wie man mir gesagt hat, zum Einschlafen bestimmt und könnte keinen Schaden anrichten. Wäre ich denn im Stande, jemand zu vergiften?“ fügte sie stürmisch hinzu.

„Sie bekennen sich also nicht schuldig, das Geld und den Ring des Kaufmanns Smjelkoff entwendet zu haben; doch andererseits gestehen Sie, daß Sie das Pulver hineingeschüttet haben.“

„Das gestehe ich, doch ich glaubte, es wäre ein Pulver zum Einschlafen. Ich gab es ihm nur, damit er einschlafen sollte, nur darum.“

„Sehr gut!“ unterbrach der Präsident, von den erzielten Resultaten augenscheinlich befriedigt. „Erzählen Sie uns jetzt, wie die Sache vor sich gegangen ist!“ fuhr er, sich in seinen Sessel zurücklehnd und die beiden Hände auf den Tisch legend, fort. „Erzählen Sie uns alles, was Sie wissen! Ein aufrichtiges Geständnis kann Ihre Lage mildern.“

Die Maslow sah den Präsidenten noch immer an; doch sie schwieg und erstarrte, und man sah es ihr an, daß sie sich bemühte, ihre Schüchternheit zu befeigen.

„Na, erzählen Sie uns, wie die Sache vor sich gegangen ist!“

„Wie sie vor sich gegangen ist?“ fragte die Maslow hastig. „Er kam zu mir, bot mir zu trinken an und ging dann wieder fort.“

In diesem Augenblick erhob sich der Staatsanwalt ein wenig und stützte sich auf seinen Ellenbogen. „Sie wünschen eine Frage zu stellen?“ fragte der Präsident und gab ihm auf seine bejahende Antwort zu verstehen, daß er sprechen könnte. „Die Frage, die ich stellen möchte, ist folgende: Kannte die Angeklagte Simon Karthymkin schon vorher?“ fragte der Staatsanwalt feierlich, ohne die Maslow anzublicken. Als er dann die Frage gestellt, biß er die Lippen zusammen und zog die Stirn kraus. Die Maslow warf einen erschrockenen Blick auf den Staatsanwalt.

„Simon? Ja, den kannte ich,“ sagte sie.

„Ich möchte wissen, worin die Beziehungen der Angeklagten zu Karthymkin bestanden? Sagen Sie sich oft?“

„Worin unsere Beziehungen bestanden? Er empfahl mich den Hotelgästen, aber das waren keine Beziehungen,“ versetzte die Maslow, und ließ einen unruhigen Blick von dem Staatsanwalt zu dem Präsidenten und umgekehrt schweifen.

„Sollte sie mich erkannt haben?“ dachte Rechludoff, auf dem die Augen der Angeklagten eine Sekunde hatten geblieben waren, und das Blut strömte ihm ins Gesicht, doch die Maslow hatte ihn unter den anderen Geschworenen nicht bemerkt, und ihre erschrockenen Blicke schnell wieder dem Staatsanwalt zugewendet.

„Die Angeklagte leugnet also, in näheren Beziehungen zu Karthymkin gestanden zu haben? Es ist gut, ich habe weiter nichts zu fragen.“

Der Staatsanwalt nahm seinen Ellenbogen vom Tische, und begann etwas zu schreiben. In Wahrheit schrieb er gar nichts, sondern begnügte sich damit, mit seiner Feder über die Anklage zu fahren. Doch er hatte gesehen, daß die Staatsanwälte und Advokaten sich nach jeder von ihnen gestellten Frage stets in ihren Reden Bemerkungen notierten, die bestimmt waren, ihren Gegner zu erdrücken.

(Fortsetzung folgt.)

Schluss als die vorgeschlagene Resolution ist überhaupt nicht gefasst worden. Bezüglich der Bemerkung, ob es wirklich Arbeiter gewesen sind, welche auf diesem Delegiertentage vertreten waren, stelle ich fest, daß sämtliche (etwa 120) Delegierten praktische Arbeiter waren, welche tagtäglich in der Fabrik oder der Baustelle usw. ihrem Verdienst nachgehen. Mit dieser Nichtigstellung dürfte auch die daran geknüpft Kritik hinfällig sein.

Achtungsvoll

J. Giesberts, Arbeitersekretär.

Das freut uns von den katholischen Arbeitern.

Die deutsche Industrie auf der Welt-Ausstellung. Nachdem die Jury der Pariser Weltausstellung ihre Arbeiten beinahe beendet hat und die Mitglieder meist in ihre Heimat zurückgekehrt sind, kann, wie der Konfektionär erfährt, die erfreuliche Mitteilung gemacht werden, daß die deutsche Industrie mit einem vollkommenen Siege auf der Pariser Weltausstellung abschneidet. Den deutschen Ausstellern sind nicht allein verhältnismäßig der Zahl nach die höchsten Auszeichnungen (Grand prix und Médaille d'or); namentlich haben die Aussteller der deutschen Textilindustrie eine außerordentlich günstige Beurteilung und hohe Auszeichnung durch die internationale Jury gefunden.

Dortmunder Richter.

Vor dem Schöffengericht in Dortmund hatte sich am Sonnabend der Redakteur unseres Bruderblattes, der Genosse Breitenbeck, zu verantworten weil er eine Verächtigung des Centrumsredakteurs Lensing, des ultramontanen Reichstagskandidaten für Dortmund, nicht rechtzeitig aufgenommen hatte. Ueber den Verlauf der Verhandlung berichtet nun unser Bruderblatt:

Schon der Beginn der Verhandlung bedeutete nichts Gutes. Der Vorsitzende wäre beinahe in die Verhandlung eingetreten, ohne daß die Schöffen anwesend waren. Jetzt schon trat der Vorsitzende in schroffer Weise gegen den Angeklagten auf, meinte, an die zu Protokoll gegebenen Einwendungen gegen die Klage glaube Breitenbeck wohl selbst nicht. **Uebrigens, sagte er des Weiteren, ist es wohl die sozialdemokratische Presse, die Sie vertreten, das bedeutet genug. Es ist leider traurig, daß in unserem deutschen Vaterlande diese Sorte Presse** Hier verloren sich die Worte des Vorsitzenden. Inzwischen wurde in die Verhandlung eingetreten. Dieselbe begann mit der Vorlesung der Klageschrift Lambert Lensings. Hierauf bemerkte der Vorsitzende, daß die Verächtigung Bezug hätte auf den bekannten Artikel „Dasbacherei in Dortmund“, ob den der Herr Anwalt vielleicht gelesen hätte. Der Herr Anwalt erwiderte: **„Nein! Ich lese solches Zeug überhaupt nicht.“** Darauf bemerkte der Vorsitzende: **„Dann müssen wir den Artikel vorlesen lassen.“** Der Anwalt machte Einwendungen, doch wurde auf Geheiß des Vorsitzenden der Artikel teilweise verlesen. Während des Verlesens schrieb der Anwalt stets drauf los und machte mehrmals die unwillige Bemerkung: **„Ist das Zeug noch nicht bald alle?“** Doch er mußte sich gebulden, bis der Artikel zu Ende war.

Breitenbeck behauptete nun, die Verächtigung des Herrn Lensing habe sich nicht vollständig mit der Verächtigung thatsächlicher Angaben begnügt. Deshalb habe eine Pflicht zur Aufnahme nicht bestanden. Nach der Vernehmung Lensings, der mit ausgesuchter Süßlichkeit behandelt wurde, plaidierte der Herr Anwalt. Trodem der Herr mit wenig Aufmerksamkeit dem Verlesen des in Frage kommenden Artikels folgte, da er während der ganzen Zeit mit Schreiben beschäftigt war, zog er den Artikel „Dasbacherei in Dortmund“ mit in Betracht bei seinem Plaidoyer. **Diese Sorte Presse, die die bestehende Ordnung und das Vaterland vernichten wolle, müsse man in**

der schärfsten Weise fassen. In beleidigendster und verleumderischer Weise habe das vom Angeklagten redigierte Blatt die persönliche Ehre des Herrn Lensing angegriffen. Der Artikel beruhe durchweg auf Unwahrheiten und sei darauf berechnet, den Klassenhaß zu schüren. Die Anklagebehörde stelle sich von vornherein auf den Standpunkt, daß man diese verleumderische und gemeingefährliche Presse, wo man sie treffen könne, auch mit den gesetzlich höchst zulässigen Strafen belege. Er beantrage gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 150 Mark oder sechs Wochen Haft. Das Urteil lautete auf 50 Mark Strafe und die Kosten, ferner nochmaliger Veröffentlichung der Verächtigung in Vorgis-Schrift.

Gegen das Urteil wird sofort Berufung eingelegt. Ferner wird Genosse Breitenbeck gegen den Vorsitzenden und Anwaltsauwalt Beschwerde beim Landgericht-Präsidenten erheben und schließlich gegen den Anwaltsauwalt **civilrechtlich vorgehen, analog des Falles Hülle in Erfurt.**

Gerichtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 4. Juli 1900.

(Nachdruck verboten.)

Der vorbestrafte Arbeiter Robert Welz aus Schlagenthin, geboren 1870, kam am 21. Mai d. J. von Genthin und sah bei Nohdorf, daß im Kanal der Bahn seines Onkels, des Schiffers Karl Laß, lag. Welz ging in die offene Kajüte und stahl aus einem Kasten ein Konvert mit drei Hundertmarkstücken. Am folgenden Tage wurde ihm das Geld bei seiner Verhaftung wieder abgenommen. Der geständige Angeklagte wurde zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der schon öfter bestrafte Schneider Gottfried Rogge, hier, geboren 1868, wurde wegen **Rupperei** — Leistung von Zuhälterdiensten — zusätzlich zu 11 Monaten Gefängnis, 3 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht verurteilt.

In nicht öffentlicher Sitzung wurde die unter Sittenkontrolle stehende unverschickte Anna Stimmack hier, geboren 1836, wegen Erregung eines öffentlichen **Uergernisses** mit einem Monat Gefängnis bestraft.

In der **Strassache gegen den früheren Direktor Kaiser** wurde die Beweisnahme mit der Verlesung eines Briefes begonnen, den der Angeklagte von Bad Kösen aus an den Zeugen Ditter geschrieben hat und in dem er den Zeugen um Informationen über den Lebenswandel mehrerer seiner Gegner u. dgl. bat. Ditter hat immer bestritten, solche Informationen gegeben zu haben und soll seine Glaubwürdigkeit dadurch angegriffen werden.

Der Zeuge und der Angeklagte bestreiten, daß auf diesen Brief je eine Antwort erfolgt sei.

Der Zeuge Rosenthal war bis zum Jahre 1897 Registrar in der Versicherungsgesellschaft und erklärt, er sei durchaus nicht deshalb entlassen, weil seine Arbeitsleistung mangelhafte waren, sondern weil er Neuerungen über die Geschäftsführung des Angeklagten gethan hatte, die demselben nicht paßten. Allerdings habe er — Zeuge — **Reise** gehabt, aber nur weil er, nachdem Kaiser die ganze Anstalt umgestaltet hatte, mit Arbeit überlastet gewesen sei. Der Zeuge behauptet, der Angeklagte habe die ganze Genossenschaft beherrscht, wer gegen ihn gewesen sei, der wäre einfach geflogen. In den Vorstand sei gar kein Beamter herangekommen, er, Zeuge, hätte es auch gar keinem raten wollen, sich über den Direktor zu beschweren, der würde seine Stelle sofort verloren haben. Der Angeklagte habe öfter geäußert, der Vorstand kann garnichts, ich habe den ganzen Vorstand in der Tasche. Rosenthal giebt zu, daß er seiner Entlassung wegen dem Direktor Kaiser feindlich gesinnt sei, auch daß er feindliche Artikel gegen denselben in der Sachsen-

schau habe erscheinen lassen und sich mit verschiedenen auswärtigen Zeitungen in Verbindung gesetzt habe, um gegen den Angeklagten zu agitieren. Das **Altenstück** mit den Entfestigungen hat der Zeuge dem vor ihm entlassenen Beamten Gohlau zur Verfügung gestellt, damit er daraus Material gegen den Direktor sammle. Rosenthal bestreitet durchaus nicht, daß er öffentlich erklärt habe, der Angeklagte sei ein großer Betrüger, er betrüge arme Leute um ihre Mente. Auf Befragen erzählt der Zeuge einen Vorfall, der sich im Sommer v. J. in der Altdeutschen Bierhalle zugetragen hat. Rosenthal und Gohlau sahen eines Tages an einem Tisch, der nur durch eine Bretterwand von dem Tische getrennt war, an dem Kaiser mit mehreren Herren saß. Die beiden früheren Beamten gingen an zu sticheln, sprachen von den Entfestigungen u. dgl. Rosenthal nannte Kaiser einen großen Spitzbuben, dann trat er an den Tisch des Angeklagten heran und sagte: **„Herr Kaiser, Sie sind ein großer Spitzbube.“**

Vom Vorsitzenden befragt, wie er es machen könne, Kaiser einen Spitzbuben zu nennen, erklärt Rosenthal, er habe selbst gesehen, daß der Direktor Kaiser gestohlen hat. Der Bureaubeante Kühne sei gestorben und da sei er — Zeuge — mit dem Angeklagten in die Wohnung des Kühne gegangen, um den Nachlaß des Kühne zu ordnen. Die Wirtin habe ihnen erklärt, Herr Kühne hat angeordnet, nicht Sie Herr Direktor, sondern **Affessor Bode** soll den Nachlaß ordnen, Kaiser habe darauf entgegnet, die Mutter habe ihn gebeten, sich der Mühe zu unterziehen. Von dem Nachlaß habe Kaiser sich dann mehrere Bilder, 8 Flaschen Wein, eine Pistole und einen Gegenstand angeeignet, den er aus dem Vertikow genommen und sofort in die Kasse gesteckt habe. Die Sachen seien zuerst in die **Altenkammer** und dann in den fest verschlossenen Schrank des Direktors geschafft. Von dem Weine habe Kaiser eines Tages 4 Flaschen mit den Herren vom Vorstande getrunken. Es sollen thatsächlich nur 4 volle Flaschen von dem Weine in dem Schrank gefunden sein, daneben aber auch 4 leere.

Der Angeklagte bestreitet entschieden, mit dem Vorstand jemals Wein in dem Bureau getrunken zu haben. Er erklärt, er habe die Sachen auf Wunsch von Kühne's Mutter an sich genommen und das, was er aus dem Vertikow genommen habe, sei eine Schachtel mit scharfen Patronen gewesen von denen die Mutter, wie gleichfalls von verschiedenen Papieren, nicht gewinnsüchtig habe, daß sie in fremde Hände fallen sollten. Die Sachen müßten noch in seinem früheren Bureau sein. Der Zeuge Rosenthal schildert dann die Vornahme und Entfestigungen ähnlich wie die früheren Zeugen. Er behauptet aber, die **Naturen** seien auf Anordnung des Direktors geschickelt. Das **Altenstück** sei auch auf Wunsch desselben von den Entfestigungen in der Versicherungsanstalt gebildet. In der **Verufsgenossenschaft** hätten sich ebenfalls zwei solcher **Altenstücke** mit Entfestigungen befunden, die aber verschwunden seien. Er — Zeuge — hätte das hier vorliegende gut versteckt gehabt, damit der Direktor es nicht finde, denn sonst würde es wohl auch verschwunden sein. Auf Widersprüche in seinen Vernehmungen gegenüber seinen Privatgesprächen mit anderen Zeugen aufmerksam gemacht, erklärt Rosenthal, in den Vernehmungen habe er stets die Wahrheit gesagt, so erinnere er sich nicht an jedes Wort, was er mal gesprächsweise geäußert habe.

Der frühere **Beamte Gohlau** giebt zu, daß er dem Registrarposten in den Bureaus der Genossenschaft nicht voll gewachsen gewesen sei und **Reise** gehabt habe, doch sei der wahre Grund der Entlassung nicht dies gewesen, sondern er habe gehen müssen, weil er sich den Anordnungen des Direktors nicht habe fügen wollen. Es seien besondere Verhältnisse in der Genossenschaft gewesen, so sei z. B. einmal der Beamte Rothstein mit großem **Krach** entlassen worden und Kaiser habe denselben **„Lümmel“** geschimpft. Rothstein habe dieser **Beleidigung** wegen Privatklage ange stellt und nun habe Kaiser durch Ditter die **Direktoren** des Vorfalls veranlaßt, daß sie wider besseres Wissen eine eidesstattliche Erklärung dahin unterschreiben mußten, Kaiser

Kleines Geniletou.

Die Dame vor dem Schaufenster. Die Berliner Börsenzeitung schreibt: Eine neue Reklame für Schaufenster hat ein Londoner Modedesigner erfunden. Vor diesem in der Regent-Street gelegenen Bazar sieht man seit kurzem die vollstündige Figur einer Dame in modernem Straßentouille stehen, die Schleppe mit der einen Hand empor und mit der anderen eine **Lognette** vor die Augen haltend. Die Figur steht nicht, wie so viele andere ähnliche, in dem Schaufenster, sondern vor ihm, allerdings nicht direkt auf der Straße, sondern in der kleinen Nische, die sich vor der Eingangstür des Ladens befindet. Die Aufmerksamkeit, mit welcher die Dame die ausgestellten Waren zu betrachten scheint, von deren Anblick sie sich gar nicht trennen kann, zieht rasch Schaulustige an, und die Menge wird bald größer, nachdem die Thatsache, daß man es mit einer Wachsfigur zu thun hat, entdeckt worden. Man geniert sich dann auch nicht, das Kostüm der Figur selbst und die beim Anstrafen der Schleppe decent sichtbar werdenden Unterkleider genauer zu mustern, — bis alles lachend auseinandergeht und das Spiel von neuem beginnt. Der **Inhaber** des Ladens, der im Innern den Beobachtungsposten inne hat, ist mit dem Erfolg seiner Reklame zufrieden, denn sein Geschäft wird bekannt; nur zuweilen, wenn der Menschenhaufen gar zu dicht wird, läßt er die **„Damen“** hereintragen, damit ihm die Polizei den Spass nicht verdirbt.

Das „Kongo-See“. Der belgische Geograph Wauters hat schon vor längerer Zeit die Theorie aufgestellt und begründet, daß sich in dem Gebiet des heutigen Kongo, also im Centrum des schwarzen Erdteils, früher ein gewaltiges Binnenmeer ausgedehnt habe. Durch die Forschungen der letzten Jahre und im besonderen der allerjüngsten Zeit haben sich nun zahlreiche Thatsachen ergeben, die für die Möglichkeit einer solchen Vermutung sprechen. Der Forscher, der den Lauf des Kongo von **Boboto** unter 2 Grad südlicher Breite über **Equatorstation** hinaus bis **Wangata** in etwa 11 1/2 Grad nördlicher Breite befährt, muß auf eine merkwürdige Erscheinung aufmerksam werden. Alle Flüsse nämlich, die der Kongo auf dieser etwa 110 deutsche Meilen langen Strecke von rechts und links aufnimmt, zeichnen sich durch eine eigenartig schwärzliche Färbung ihrer Wasser aus. Der **Dulonga**, der **Flemba**, der **Rufi**, der **Fredu** und **Ngiri**, der **Sumpf-Viktala** (**Likuala aux herbes**) haben, um nur die wichtigsten der Zuflüsse zu nennen, eine Farbe, als ob ihr Wasser aus starkem Thee bestände. Früher hat man angenommen, daß diese Färbung einem starken Eisengehalt der Wasser zuzuschreiben wäre, neuerdings aber sind in Paris chemische Untersuchungen des Wassers jener Flüsse vorgenommen worden und haben erwiesen, daß deren schwarze Färbung von einer großen Masse organischer Stoffe herrührt. Diese Feststellung scheint zu der Ansicht von **Professor Wauters** zu passen. Noch heute ist das Gebiet zu beiden

Seiten des Kongolaufs innerhalb der bezeichneten Grenzen vielfach von **Sümpfen** und **Seen** eingenommen. Der Kongo selbst, dann besonders der **Nuti**, der **Dulonga** und der **Ubangi** gleichen in ihrer ungeheuren Breite mehr einer unterbrochenen Kette von Seen als einem Fluß, und der bereits genannte **Sumpf-Viktala** hat davon den Namen erhalten, daß sein Oberlauf sich in eine unabhäbige Sumpflandschaft hinein verliert, in die noch kein menschlicher Fuß und kein menschliches Auge hineingedrungen ist. Wenn dieses ganze Gebiet früher von einem abflußlosen Binnenmeer bedeckt wurde, so muß dies bei seiner allmählichen Entwässerung eine Umwandlung in einen Sumpf von fabelhafter Größe erlitten haben, und alsdann ist auch die Durchwucherung des ehemaligen Meeresbodens mit einer überreichen Vegetation zu verstehen, die noch heute dem Boden einen so außerordentlichen Gehalt an organischen Stoffen gewährt, daß er zu der erwähnten Schwarzfärbung aller Flüsse führt. Das Gebiet des früheren innerafrikanischen Meeres, von dessen Ausdehnung man auf einer der letzten Ausgaben des **Wissenschaftlichen Geographischen** beigelegten Karte eine Uebersicht gewinnen kann, würde auf rund 2200 geographische Quadratmeilen zu schätzen sein, und dieses ungeheure Gebiet scheint noch jetzt während der Regenzeit mehr oder weniger überflutet zu werden, so daß nur die auf oder an dem erhöhten Ufer der Flüsse erbauten Dörfer der Eingeborenen aus der Wasserflut hervorragen. Während dieser Jahreszeit müßte man sich eine gute Vorstellung von dem großen Meere machen können, das hier einst dauernd bestanden hat.

Das Volk ohne Nerven. In der Nation teilt Ferdinand Ewendien aus einem neuen erschienenen Buche: **„Chinesische Charakterzüge“** von Arthur S. Smith (Deutsch frei bearbeitet von F. C. Dörfling, Würzburg, H. Stubers Verlag) folgendes mit: Die Hauptmaxime des chinesischen Lebens scheint darin zu bestehen: **„Daß Dich biegen, aber laß es nicht zum Bruch kommen!“** Ein chinesischer Gelehrter, der Kommentare zu alten Lehrlagen verfaßt, rät unter anderem, daß man eine Bitte nie direkt ablehnen dürfe: **„Im Gegenteil,“** so fährt er aus, **„gewähre sie anscheinend, wenn dies auch Deinen Absichten direkt widerspricht; verzichte von heute auf morgen, von morgen auf übermorgen, damit wirst Du das Gemüth des Bittenden beruhigen.“** Das gebuldige Ertragen von Leiden, wie es den Chinesen durchweg eigen ist, hat, neben dem Fehlen des Gemeinfinns, wahrscheinlich am meisten dazu beigetragen, die Chinesen bei internationalen Konflikten so widerstandsunfähig zu machen. **„Mühe werden wir nie haben.“** Mit diesen philosophischen Worten setzt sich der Chinese über die schlimmsten Leiden des Augenblicks hinweg. Große Diktate des fruchtbarsten Landes werden fortgesetzt von Dürren, Ueberschwemmungen und Hungernöthen heimgesucht; das **Mandarinentum** mit seinen fortwährenden Steuerbedrückungen lastet auf dem Volke; für die Entwicklung des Landes, selbst für das **Bewegewesen** geschieht so gut wie nichts; gelegentlich **„Ten Millionen durch Suner“** — **„wüch“** **„w“**

schwemmungen des gelben Flusses zerstören tausende von Dörfern. In jedem anderen Lande der Welt würde daraufhin die Regierung, schon um der Selbstachtung willen, eingreifen müssen, um die schlimmsten Uebel zu heben; die gebuldigen Chinesen aber nehmen die Schicksalschläge in der Regel an sich, ohne viel zu murren. Mit diesem Talent zum gebuldigen Ertragen von Leiden hängt auch das Fehlen dessen zusammen, was man bei uns **Nerven** nennt. Obgleich die Chinesen von einem mehrhörsen Fleische sind, kennen sie keine eigentliche **Leberarbeit**. **„Es scheint auf einen Chinesen gar keinen Einbruch zu machen, wie lange er z. B. in einer und derselben Stellung verharren muß; er schreibt den ganzen Tag ununterbrochen, wie ein Automat; ist er Handwerker, so verharret er vom frühesten Morgen bis spät in die Nacht auf einem und demselben Fleck, um entweder zu weben oder zu thun, was eben seine Arbeit ist; er setzt dies Tag für Tag gleichmäßig fort mit anscheinender Gefühlosigkeit gegen die Monotonie.“** Diese mangelnde **Nervosität** kommt auch darin zur Geltung, daß der Chinese **liberal** schlafen kann. Keine Störung rührt ihn; mit einem **Backstein** als Kissen unter dem Kopf, ausgestreckt auf einem Lager von **Reisstroh** oder auf einfachem Leinwand, schläft er den Schlaf des Gerechten. Er braucht kein dunkles Schlagenach, noch müssen die anderen stille sein. **„Den Arbeitern,“** so schreibt der Verfasser, **„und vielen anderen kommt es beim Schlafen auf die Lage des Körpers gar nicht an. Man könnte in China Millionen von Leuten finden, die, quer über drei Schubladen hingestreckt, mit herabhängendem Kopfe, offenem Munde, in dem noch eine Fäulnis-Entdeckungszreifen macht, ganz gut und fest schlafen.“** — Dabei scheint die gelbe Rasse gar kein Bedürfnis für körperliche Bewegung zu haben. Der Chinese versteht die Fremden nicht, welche in ihrer freien Zeit spazieren gehen; noch viel unverständlicher ist es ihm, wie jemand beim Nennen seinen Hals riskieren mag, oder wie Leute, die es doch gar nicht nötig haben, beim Tennispiel Stundenlang in der Sonne herumzuspringen. Ein **Lehrer** in Canton fragte einmal einen Diener: **„Wieviel bekommt denn Deine Herrin dafür bezahlt, daß sie so herumspaziert?“** Die Antwort: **„Nichts!“** wollte er nicht glauben. — Das Fehlen der Nerven macht sich auch dadurch bemerkbar, daß der Chinese gegen Gestank völlig unempfindlich zu sein scheint. Ueber die Unreinlichkeit der Chinesen sind alle fremden Beobachter einig. Während in Japan das Baden in heißem Wasser zu den notwendigsten Lebensbedürfnissen gehört, gehört es in China zu den größten Seltenheiten. Der **Gestank** geniert den Chinesen nicht, und deshalb schreckt er auch vor ekelregenden Speisen nicht zurück. Seine **Frugalität** und **Sparfamkeit** sind so groß und seine **Verdauung** so vollkommen, daß er selbst Speisen genießt, die ein **Europäer** nie verzeihen würde und wenn er dem Hungertode nahe wäre. **Frankte Tiere** werden in China massenhaft verpaßt, und die Voraussetzungen für ein **Fleischbeschaugesetz** sind in gar keiner Weise vorhanden.

habe nicht „Simmel“ geschimpft. Zeuge hat von Rosenthal das Aktenstück mit den Entfestungen erhalten und es mit der Anzeigen der Staatsanwaltschaft zugehen lassen.

Rosenthal hat, als er noch Beamter unter Kaiser war, einem früher entlassenen Beamten Material zu einer Beschwerde an das Reichsversicherungsamt zugehen lassen.

Der Zimmermeister Hahn, der schon zu Kaisers Zeiten Vorstandsmittglied war, giebt dem Angeklagten als Mensch und Beamten das beste Zeugnis.

Danach wird in die Beweisaufnahme, betreffend die einzelnen Fälle von Bedrückungen der Arbeiter eingetreten. Der erste Fall betrifft den Zimmermann Franz Hennig aus Gbrühl, der sich am 10. April 1890 an der Kreisräthe die linke Hand verletzt hatte, daß ihm von 3 Fingern nur Stimpfe verblieben. Die Genossenschaft setzte dem Hennig eine Rente von 50 Prozent nämlich monatlich 20,50 Mark fest. Im Jahre 1894 fragte die Genossenschaft bei ihrem dortigen Vertrauensmann über die Erwerbsfähigkeit des Hennig an. Dieser antwortete, der Mann könne die Rente von 50 Prozent beanspruchen, denn er könne nicht wie andere Zimmerleute arbeiten, sondern finde nur etwa 8 Tage in der Woche Arbeit in der Landwirthschaft zu einem täglichen Verdienst von 1,25 Mark bis 1,50 Mark während der orisibliche Tagelohn für einen Zimmerman 2,80 Mark bis 3,80 Mark betrage. Auf diese Auskunft hin machte der Sekretär Romneburg eine Rentenberechnung, wonach Hennig 55 Prozent Rente zu beanspruchen hätte. Im Jahre darauf ließ die Genossenschaft Hennig durch den Kreisphysikus in Halle auf seine Erwerbsfähigkeit hin untersuchen und dieser begutachtete, der Zustand des Rentenempfänger habe sich derart gebessert, daß er nur noch 33 1/2 Prozent der Vollrente zu beanspruchen habe. Daraufhin setzte die Genossenschaft die Rente auf 33 1/2 Prozent herab. Hennig legte Berufung ein und das Schiedsgericht verlangte Einfindung der Akten. Ehe diese abgingen, ließ Kaiser 4 Blätter daraus entheften und zwar den Hennig günstigen Bericht des Vertrauensmanns, die Berechnung des Romneburg und zwei gleichgültige Schreiben des Rentenempfängers, worin er um Ueberfindung von Quittungsformularen bat.

Kaiser erklärte diese Handlung dahin, er habe geglaubt, daß der schon ein Jahr alte Bericht, eines Vertrauensmannes gegenüber dem ärztlichen Gutachten keinen Wert für die Beurteilung des Falles durch das Schiedsgericht haben könne, und er dem Bericht nicht zumuten wollte „gleichgültige“ Sachen zu lesen.

Der Sachverständige, Regierungsrat Schulz, ist Mitglied des Kollegiums des Reichsversicherungsamtes und begutachtet, der Bericht des Vertrauensmannes könne für einen vernünftigen Richter insofern von Wert sein, daß er eine neue Beweiserhebung eingeleitet haben würde. Das Reichsversicherungsamt würde in dem gleichen Falle jedenfalls nach dem Vertrauensmann gehört haben. Nach Meinung des Sachverständigen hat kein Genossenschaftsvorstand das Recht, irgend ein, für die Entscheidung der Schiedsgerichte wichtiges Papier aus den Akten zu entfernen. Es sei deshalb auch ein Entschreiben an die Genossenschaften gerichtet, das ihnen dies kund gab.

Ein zweiter Sachverständiger, Direktor einer Genossenschaft erklärte dagegen, daß der entfernte Bericht wohl ganz unwesentlich für die Entscheidung des Schiedsgerichts gewesen sei.

Ein Zeuge, der geschäftlich und gesellschaftlich mit dem Angeklagten zu thun hatte, schildert ihn als human und wohlthätig.

Schluß der heutigen Sitzung. Fortsetzung morgen 9 Uhr.

Der gebildete Lieutenant. Aus Nürnberg wird der Abendzeitung gemeldet: Unter großem Andrang des Publikums fand am 30. Juni bei der Strafkammer Verhandlung gegen den Zahnarzt Noah, früher Einjährig-Freiwilliger des 2. Feldartillerie-Regiments, wegen Beleidigung und Herausforderung zum Zweikampf und gegen den Rechtspraktikanten Bernheim wegen Kartelltragens statt. Aus der Verhandlung war zu entnehmen,

daß Lieutenant Heuer des 2. Feldartillerie-Regiments der Mannschaft, darunter auch die Einjährig-Freiwilligen, gegenüber die Grobheit hatte, Ausdrücke wie Lausbube, frecher Bursche, Arctin usw. zu gebrauchen, mit Spucken ins Gesicht drohte, die Reitpeitsche nach den Leuten warf, auf die Konfession Noahs anspielend die Verhöhnung machte: Es giebt eine Klasse, deren Leute nur zum Schächern taugen und keinen Scheiß haben. Als einst Noah im Auftrage des Hauptmanns der Batterie eine Besorgung hatte, deshalb später den Dienst antrat und sich damit beim Lieutenant deswegen entschuldigte, that der Lieutenant die Verhöhnung: „Du, anstößig willst Du mich auch noch? Was ist denn so ein Akademiker?“ Noah erzählte oftmals bei seiner Tischgesellschaft, worunter sich auch Rechtspraktikant Bernheim befand, von dem Vorgehen des Lieutenants. Als nun die Dienstzeit Noahs zu Ende war, beauftragte dieser den Rechtspraktikanten Bernheim, sich zu dem Lieutenant zu begeben. Dieser erklärte, er könne sich nicht mehr seiner beleidigenden Aeußerungen erinnern, er gebrauche derartige Ausdrücke gar nicht. Er erachte Noah als Kavaller. Noah, der sich durch die jetzige Erklärung des Lieutenants als Vaguer im Hinblick auf seine früheren Erzählungen hingestellt sah, ließ nun dem Lieutenant durch Bernheim eine scharfe Säbelforderung zugehen und richtete an den Lieutenant einen Brief, in welchem er dessen jetziges Vorgehen als „taktlose Unverschämtheit“ bezeichnete. Der Lieutenant machte seinen Vorgesetzten Mitteilung und so wurde die Sache der Staatsanwaltschaft überwiesen. In der Verhandlung gab Noah auf die Frage, weshalb er denn während seiner Dienstzeit nicht den dienstlich vorgeschriebenen Weg der Beschwerde gewählt habe, an, er hätte die Beschwerde dem Hauptmann vorlegen müssen und der Hauptmann sei in der Reitbahn stets Zeuge des Vorgehens des Lieutenants Seller gewesen. Der als Zeuge vernommene Lieutenant Heller konnte nicht bestreiten, daß er die Schimpfreden gebraucht habe, doch konnte er sich der einzelnen Anwendung derselben nicht mehr erinnern. Das Urteil lautet gegen Noah wegen Beleidigung auf 50 Mark Geldstrafe und wegen Herausforderung zum Zweikampf auf 7 Tage Festung, gegen Bernheim wegen Kartelltragens auf 1 Tag Festung. Der ehemalige Einjährige ist also verurteilt, aber gerichtet erscheint wohl jedem Urteilsfähigen nur Lieutenant Heller, der sich jedenfalls auf sein ganz besonders ausgeprägtes Ehrgefühl als Offizier auch fernerhin recht viel einbilden wird.

Vermischte Nachrichten.

Neues aus Konig. Falsche Gerüchte durchschwirren wieder tagtäglich die Stadt. Bald ist irgendwo ein Arm aufgefunden, bald an anderer Stelle Winters Eingeweide. An all diesem ist kein wahres Wort, denn ganz unheimlich arbeitet mitunter die Phantasie. Die Akten in Sachen Hoffmann sind nunmehr, nachdem der Untersuchungsrichter Dr. Zimmermann dieselben für geschlossen erklärte, der Staatsanwaltschaft zurückgegeben worden. Die Eröffnungsstrafkammer wird nun in den nächsten Tagen über die Eröffnung des Hauptverfahrens oder die in sicherer Aussicht stehende Einstellung des Verfahrens zu beschließen haben. Die genaue Höhe der der Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellten Summe für Belohnung betreffs Ermittlung der Winterschen Mörder beträgt 32 750 M. Der Kultusbeamte Dewythan aus Miesenburg soll am 11. März in Konig gewesen sein und in der Heimat erklärt haben, er fahre zu einem Zahnarzt nach Danzig. Er wird demnächst gerichtlich vernommen werden. Levys Sohn, Moriz, befindet sich in Konig. Die unparteiische Berichterstattung muß registrieren, daß in der That gegen ihn ein Verfahren wegen Meineids anhängig gemacht wurde. Der Untersuchungsrichter Dr. Zimmermann soll ihm deshalb nahegelegt haben, nicht fortzuzweifen. Er ist also hiergeblieben, Vater und Bruder haben indessen die von uns angekündigte Reise mittels Rundreise-Biletts angetreten. Der Jahrmart findet dem Vernehmen nach jetzt nicht statt, für die erste Zeit sei garnicht daran

zu denken. Am Dienstag verlaute, die Berliner Kriminalkommissare werden Konig binnen kurzem verlassen, zunächst Behn, später Klatt. — Die Unteroffiziere und Mannschaften der hiesigen Besetzung haben wegen größerer Aufwendungen Zuschüsse von 10—30 Mark erhalten. — Gelder für die Einquartierung des Militärs werden den bedürftigen Einwohnern und Quartiergebern von der Stadtkasse täglich ausgezahlt.

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Am Sonnabend den 30. Juni tagte im Saale des Herrn Vollmann in Gommern eine von 7—800 Personen besuchte Mitglieder-Versammlung des **Central-Verbandes der Maurer und verw. Berufsgenossen Deutschlands**. Zum ersten Punkt der Tagesordnung „Haben sich die Gewerkschaften mit Vorteil zu befaßen?“ hatte Reichstagsabgeordneter Klees das Referat übernommen, der sich seiner Aufgabe mit vielem Beifall entledigt. Zum zweiten Punkt Vereinsangelegenheiten, wurde zunächst der Kollege Albert Hempel als Revisor gewählt. Vom Vorsitzenden wurde darauf hingewiesen, daß noch viele der in Gommern und Umgegend aufstehenden Kollegen sich in Vereinen befänden, welche Wälle bei denjenigen Wirten veranstalten, die es nicht für nötig halten, ihr Lokal den Arbeitern zur Verfügung zu stellen. Er ersuchte diese, von nun an nur noch beim Herrn Vollmann ihr Geld zu verkehren. Diesem wurde sofort als er erklärte, sein Lokal den Arbeitern zur Verfügung zu stellen, die Tanzmusik entzogen, daher sei es Pflicht jedes Kollegen, den Wirt kräftig zu unterstützen.

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe zum Kochen) 16,00—22,00 Speisebohnen (weiße) 17,00—36,00. Linfen 20,00—44,00. Esparisfein alte 5,00—6,00, neue 9,00—9,50. Nichtstroh 4,00—4,50. Krummstroh 2,50—3,50. Heu altes 5,50—6,50, neues 5,00—6,00. Zymotheum 7,50—8,00. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 1,02—1,07, von der Keule 1,50—1,60, Bruchfleisch 1,50 bis 1,80. Schweinefleisch 1,20—1,40. Kalbfleisch 1,20—1,40. Hammelfleisch 1,30—1,40. Speck (geräucher) 1,60. Esbutter 2,00—2,40. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 2,80—3,60.

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.		Hoch		Niedrig	
Ort	Stand	Ort	Stand	Ort	Stand
Hess.					
Jungbunzlau	2. Juli + 0,08	3. Juli + 0,07	0,01	—	—
Lann	+ 0,01	+ 0,03	0,04	—	—
Budweis	+ 0,12	+ 0,02	0,10	—	—
Prag	+ 0,02	+ 0,05	0,07	—	—
Infant und Saale.					
Strasbourg	3. Juli + 1,25	4. Juli + 1,35	—	0,10	—
Exotha	+ 2,06	+ 2,04	0,02	—	—
Alleben	+ 1,95	+ 1,92	0,03	—	—
Bernburg	+ 1,52	+ 1,48	0,04	—	—
Calbe, Oberpegel	+ 1,68	+ 1,66	0,02	—	—
do. Unterpg.	+ 1,12	+ 1,10	0,02	—	—
Mulde.					
Dessau	3. Juli + 0,50	4. Juli + 0,52	—	0,02	—
Muldebrücke	—	—	—	—	—
Elbe.					
Barbubitz	2. Juli + 0,20	3. Juli + 0,26	—	0,06	—
Brandeis	+ 0,44	+ 0,42	0,02	—	—
Melmit	+ 0,06	— 0,09	0,15	—	—
Veitmeritz	+ 0,08	— 0,01	0,09	—	—
Unsig	3. „ + 0,29	4. „ 0,20	0,09	—	—
Dresden	— 0,94	— 1,00	0,06	—	—
Zorgau	+ 1,15	+ 1,10	0,05	—	—
Wittenberg	+ 1,97	+ 1,98	—	0,01	—
Hoglan	+ 1,34	+ 1,35	—	0,01	—
Barby	+ 1,76	+ 1,76	—	—	—
Schönebeck	+ 1,56	+ 1,55	0,01	—	—
Magdeburg	4. „ + 1,50	5. „ + 1,50	—	—	—
Zangermünde	3. „ + 2,42	4. „ —	—	—	—
Wittenberge	+ 2,07	+ 2,02	0,05	—	—
Dömitz, Pegel	+ 1,42	+ 1,45	—	0,03	—
Lauenburg	+ 1,48	+ 1,51	—	0,03	—
Saale.					
Brandenburg	2. Juli + 2,07	3. Juli + 2,06	0,01	—	—
do. Oberpegel	+ 1,46	+ 1,45	0,01	—	—
Ratzenow	—	—	—	—	—
do. Oberpegel	+ 1,52	+ 1,52	—	—	—
do. Unterpegel	+ 1,17	+ 1,15	0,02	—	—
Sabelberg	+ 2,23	+ 2,22	0,01	—	—
Warthe.					
Posen	1. Juli + 0,12	3. Juli + 0,10	0,02	—	—
Küstrin	2. „ + 0,16	2. Juni + 0,16	—	—	—

Kaufhaus Martin Schlesinger

Jakobsstraße 52, vis-à-vis dem Rathhaus.

Eröffnung Mitte Juli!

Wolfs Radfahrer-Karte

(Provinz Sachsen, Anhalt, Graubschweig, Hannover, östl. Teil)

à 1.50 Mt.

auf Leinwand mit Stichel

à 2.50 Mt.

Buchhandlung
Volksstimme

Vorsicht beim Einkauf von Colomba!!

Leider wurde in verschiedenen Geschäften wo man Colomba forderte, einfach billigere minderwertige Ware gegeben in dem Glauben, das Publikum merkt es nicht. Es ist aber doch gemerkt worden und habe ich die Beweise in der Hand.

In anderen Fällen benutzte man die Colomba-Plakate dazu, den Glauben zu erwecken, es werde Colomba geführt, trotzdem dies nicht der Fall war. — Ohne solche Manieren vorläufig weiter zu geißeln, wird das verehrte Publikum gebeten, beim Einkauf von Colomba selbst Vorsicht zu üben, indem Sie darauf achten, daß der Name Colomba und das Datum am Kübel vermerkt ist. — Colomba ist das beste was es unter sämtlichen Buttererzäh-Mitteln giebt und kostet à Pfund 75 Pfg.

1968

Neu! ❄️ Neu! Ansicht-Postkarten

mit Metallglanz.

10 Muster. — Brillante Bronzefarben. à Stück 10 Pfg., 3 Stück 25 Pfg.

Buchhandlung
Volksstimme

Möbel, Spiegel und Polsterwaren
reelle Arbeit, empfiehlt
C. Dittmar, Tischlermeister
Tischlererstraße 26.